

Der EU nichts schuldig!



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern

Am 26. November 2006 stimmen wir über die sogenannte Kohäsionsmilliarde ab. Für uns Schweizer Demokraten ist entscheidend: Bei dieser Vorlage wird das Volk ausgeschaltet, wir kommen unter Erpressungsdruck und die Schweiz würde infolge neuer Begehrlichkeiten endgültig zur Milchkuh Europas.

Mit der Schaffung des Osthilfegesetzes soll der allgemeinverbindliche Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Darin

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

sollen unter anderem auch die vom Bundesrat versprochenen und in grossen Teilen der Bevölkerung umstrittenen Kohäsionszahlungen an die neuen EU-Mitgliedstaaten begründet werden.

Es ist festzuhalten, dass das Ergebnis der Bilateralen Verträge von beiden Verhandlungspartnern – also auch von der EU – ausdrücklich als «beidseitig ausgewogen» bezeichnet wurde. Das heisst also, dass die Vorteile,

welche die Schweiz durch den Zugang zum EU-Binnenmarkt erhielt, absolut gleichgewichtig sind mit jenen Vorteilen, welche die EU-Mitglieder durch den Marktzugang in die Schweiz erhalten. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine geographische Vergrösserung der EU dieses Gleichgewicht stören würde. Denn die zehn neuen Beitrittsländer erhalten durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auch einen äusserst interessanten Zugang auf den Schweizer Markt. Dafür ist bekanntlich der Preis der Schweiz in diesem Bereich sehr hoch.

Gebrochene Versprechen

Es waren denn auch die EU-Staaten selber – so vor allem Frankreich, Deutschland und Österreich – welche die Verhandlungen mit der Schweiz nicht aufs Spiel setzen wollten und sich deshalb gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Bindung einer Zahlung der Schweiz an die Verhandlungen über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit aussprachen. Diese EU-Staaten wissen sehr genau, dass keine Verpflichtung der Schweiz zur Zahlung dieser Milliarde besteht.

Unsere beiden Aussenpolitischen Kommissionen sprachen sich vor drei Jahren grossmehrheitlich gegen Beitragszahlungen jeglicher Art an die EU aus. Auch der Bundesrat äusserte sich damals entsprechend, dass eine Beteiligung der Schweiz am Kohäsionsfonds kein Thema sei. Zwei Jahre später jedoch, beim so genannten bilateralen Aufwisch, erkaufte sich der Bundesrat mit der Zusicherung von einer Milliarde Franken den raschen Abschluss der Bilateralen II.

Von der Kohäsions- zur Solidaritätsmilliarde

Für sein Umschwenken hat der Bundesrat dann auch eine Er-



klärung gefunden: Was früher von offizieller Seite «Kohäsionsbeitrag» genannt wurde, wird jetzt plötzlich als «Solidaritätsbeitrag» bezeichnet. Damit will man angeblich unterstreichen, dass es sich um eine eigenständige Lösung handelt, die nicht im Rahmen des EU-Kohäsionsfonds zu verstehen sei. Dies ist lediglich eine Schluameierei. Der Betrag, eine Milliarde, bleibt genau der gleiche. Gleichzeitig hat der Bundesrat bei seiner Zusage an die Europäische Union versichert, die versprochene Milliarde werde je zur Hälfte beim EDA und beim Seco kompensiert. Dies hat der Bundesrat dann im Hinblick auf die Referendumsabstimmungen zu Schengen/Dublin und der Personenfreizügigkeit auch dem Schweizer Volk versprochen. Bisher haben wir jedoch vom Bundesrat nie eine verbindliche Erklärung erhalten, wie genau er nun in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 Mio. Franken einsparen will. Vielmehr spricht der Bun-

desrat jetzt plötzlich von der Kompensation mit künftigen Einnahmen – wenn es überhaupt solche geben wird – etwa aus dem Zinsbesteuerungsabkommen und den rückläufigen Ausgaben im Asylwesen infolge von Schengen/Dublin. Auch hier hat der Bundesrat sein

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Immigranten-Express – Neues Ungemach im Anzug
- 4 Rettet die Demokratie
- 6 Moral-Apostel Markus Rauh entlarvt
- 8 Jede Gewalt ist Gewalt
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Ja zum Familienzulagengesetz
- 12 Der Leser hat das Wort

Der EU nichts schuldig!

Fortsetzung von Seite 1

Versprechen gegenüber dem Volk und dem Parlament nicht eingelöst.

Zum Zahlen verdammt

Demgegenüber musste die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat bereits am 22. Februar 2006 eine Abmachung über die Zahlungsmodalitäten genehmigt hatte, welche am 27. Februar 2006 von Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Brüssel unterzeichnet wurde, also bevor sie überhaupt im Parlament behandelt wurde. Solche ungeheuerlichen Machenschaften dürfen niemals akzeptiert werden!

Ursprünglich hatte der Bundesrat beteuert, er werde den Entscheid über Kohäsionszahlungen erst nach Abschluss des Entscheidungsprozesses über die Bilateralen II fällen. Er hat sich also nicht daran gehalten! Mit der vorzeitigen Nennung eines konkreten Beitrages wurde auch das Präjudiz für weitere Forderungen der EU geschaffen. Dies ist nun bekanntlich kürzlich bei den Diskussionen über das Brüsseler Verhandlungsmandat zum Beitritt von Rumänien und Bulgarien konkret geworden. Weitere Forderungen in der Höhe von 350 Millionen Franken stehen bereits wieder im Raum. Das neue Osthilfegesetz sieht keine Begrenzung nach oben vor und ermöglicht so weitere ausufernde Geldtransfers ins Ausland. Da es in der Schweiz kein nationales Finanzreferendum gibt, können die Stimmbürger bei weiteren Zahlungen kein Referendum mehr bewirken. Wir wären somit zum Schweigen und Zahlen verdammt.

Notbremse wird demontiert

Schon heute sind weitere Zahlungen absehbar. Bereits fordert Brüs-

sel weitere Hunderte von Millionen Franken zugunsten von Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf deren EU-Beitritt 2007/08. Der EU-Erweiterungsprozess ist noch längst nicht abgeschlossen. Man denke an die Beitrittsländer Kroatien, Mazedonien oder an die Türkei. So führt uns das Osthilfegesetz in ein rasantes finanzpolitisches Desaster und es gibt nach dieser Abstimmung kein Zurück mehr. Das Volk und das Instrument der direkten Demokratie würde als einzig wirksame Notbremse demontiert.

Schweiz wird EU-Nettozahler

Bei künftigen EU-Erweiterungen wird die Schweiz künftig zwangsläufig unter Zahlungs- und Erpressungsdruck geraten. Auch bei sonstigen Verhandlungen im Ausland läuft die Schweiz Gefahr, dass die Verhandlungspartner der Schweiz die hohle Hand entgegenhalten um die von alt Bundesrat Josef Deiss angekündigten «grosszügigen Gesten» entgegenzunehmen. Jedenfalls wird unser Land bei Annahme des Osthilfegesetzes zum prozentual höchsten Nettozahler der Europäischen Union.

Wieder Angstmacherei

Noch all zu gut erinnere ich mich an die gebetsmühlenartigen Beteuerungen anlässlich des Abstimmungskampfes zu den Bilateralen Abkommen seitens der Befürworterseite, die Verträge seien «ausgewogen» und die Kohäsionszahlungen hätten überhaupt nichts mit den Bilateralen zu tun. Wenn nun plötzlich behauptet wird, das Schweizer Volk habe bei den Abstimmungen über Schengen und die Personenfreizügigkeit gleichzeitig der Milliardenzahlung zugestimmt, so ist das schlicht eine Lüge. Wäre die EU-Milliarde direkt mit den Vorlagen zu den Bilateralen und der Ost-Zuwanderung

verknüpft worden, so hätte das Abstimmungsergebnis wohl anders ausgesehen.

Bekanntlich öffnen wir unseren Arbeitsmarkt und unsere Sozialwerke mit der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die Bürger von sämtlichen neuen EU-Staaten in Osteuropa. Somit wird der Druck auf dem Arbeitsmarkt und auf die Löhne massiv verschärft. Dafür zusätzlich noch eine Milliarde Steuerfranken zu bezahlen ist grotesk. Ebenso absurd ist die Behauptung, die EU werde die Bilateralen Verträge bei einem Nein zum Osthilfegesetz in Frage stellen. Das ist reine Angstmacherei, die wir nun sattfam aus den vergangenen Abstimmungskämpfen kennen. Niemals wird die EU demokratisch und rechtlich verbindlich abgeschlossene Verträge aufheben. Zu gross sind die Vorteile, die sie aus ihnen ziehen kann, welche von den Lastwagen-Transittransporten bis zur Zinsbesteuerung reichen.

Unkontrollierter Geldfluss

Wofür werden die Kohäsionszahlungen eigentlich verwendet? Bislang ist einzig geregelt, wie viel Geld in welches Land fliessen soll. Rund die Hälfte, nämlich 489 Mio. Franken fliessen nach Polen, 130 Millionen nach Ungarn und 109 Millionen in die Tschechei. Aber auch wirtschaftlich stark aufstrebende Staaten wie Estland, Lettland oder Litauen erhalten noch willkommene Steuermittel aus der Schweiz. Die konkreten Projekte sind unbekannt. Nichts Gutes lässt ein Blick in den bestehenden EU-Kohäsionsfonds erahnen. Verschiedene Berichte von Aufsichtsorganisationen und unabhängigen Experten bestätigen eindrücklich, dass ein grosser Teil des Geldflusses nicht kontrolliert werden kann und somit für Korruption und Bürokratie statt für echte Bedürf-

ge verloren geht. Ähnlich wie in Afrika sind auch in Osteuropa oft geldgierige Beamte und skrupellose osteuropäische Politiker Nutznießer des Geldsegens aus dem Westen.

Vom Schuldenberg unbeeindruckt

Die Bereitschaft, Steuergelder in Milliardenhöhe grosszügig ins Ausland zu verschenken, scheint nicht nur bei der Aussenministerin unbegrenzt zu sein, sondern auch bei den Mitte-Linksparteien. Diese scheinen vom Schuldenberg beim Bund von rund 130 Milliarden ebenso wenig beeindruckt zu sein wie von der Tatsache, dass auch in der Schweiz heute mehrere hunderttausend Menschen unter dem Existenzminimum leben müssen. Niemand zweifelt daran, dass auch die Schweiz weiterhin einen solidarischen Beitrag an ärmere Menschen in anderen Ländern dieser Welt leisten soll – und dies auch tut. Für die Entwicklungszusammenarbeit leistet die Schweiz schon heute einen sehr hohen Beitrag. So hat das Parlament für die Jahre 2004 bis 2007 einen Rahmenkredit von stolzen 4,2 Milliarden Franken gesprochen.

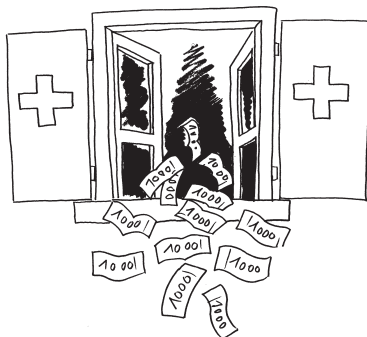
Die Finanzlage der Schweiz präsentiert sich alles andere als rosig. Deshalb ist es unverständlich, dass ohne vertragliche Verpflichtung und ohne Gegenleistung eine Milliarde Steuerfranken an die neuen EU-Staaten verschenkt werden soll. Das neue Osthilfegesetz ist zudem ein Blankoscheck für unbeschränkte weitere Zahlungen, auch an künftige neue EU-Länder. Würde das Gesetz angenommen, wäre der Weg frei, am Stimmbürger vorbei unbeschränkt Geld in die EU fliessen zu lassen. Die Schweiz würde endgültig zur Milchkuh Europas. Nur ein Nein zum Osthilfegesetz bewahrt die Schweiz vor einem finanzpolitischen Desaster.

NEIN zum Bumerang Kohäsionsfonds!

Was daran am allermeisten stört, ist der Automatismus, mit welchem inskünftig hohe Summen an Steuergeldern einfach ins Ausland verschoben werden. Nicht nur für Bulgarien und Rumänien, wo bereits ein weiteres Schweizer Engagement in der Höhe von 350 Millionen Franken budgetiert ist, auch für alle weiteren EU-Beitrittsstaaten müsste die Schweiz bezahlen, automatisch nach dem Gleichbehandlungsprinzip und ohne demokratische Diskussion (Abstimmung).

Unklare Finanzierung!

Bundesrätlicherseits wird die Behauptung in die Welt gesetzt, der Steuerzahler würde in keiner Weise mehr belastet. Dies zu glauben wäre naiv! Wenn nun der Teil des Ertrages aus der Zinsbesteuerung ausländischer Guthaben, welcher der Schweiz für ihre administrative Mehrarbeit zusteht (1 Viertel des Steuerertrages, ca. 45–60 Mio. Franken jährlich) zugunsten der Kohäsions-Milliarde eingesetzt würde, so erhielte die Schweiz ge-



Geld zum Fenster hinauswerfen ohne Ende? Nein am 26. November zur Ost-Milliardenzahlung.

wissermassen keine Entschädigung...

Wie ausländische Anleger auf stetig steigende Zinsbesteuersätze ihres Guthabens in der Schweiz reagieren werden, ist zwar offen, jedoch zu erahnen. Die ursprünglich prognostizierten Zins-einnahmen ausländischer Anleger könnten durch Rückzüge empfindlich sinken.

Zahlen heisst Schuldbekennnis

Wenn die Europäische Union merkt, dass die Schweiz bereitwil-

lig zahlt, sinkt erstens Ansehen und Respekt, beides benötigt unser Land jedoch dringend, und zweitens werden von der EU wieder erneut Versuche der Einmischung in unsere innerstaatlichen Angelegenheiten erfolgen. Man denke an unsere kantonale Steuerhoheit und Steuerfreiheit, welche immer wieder in arroganter Weise attackiert werden.

Wie im 13. Jahrhundert

Die Situation erinnert an die Zeit des 13. Jahrhunderts, als sich im Jahre 1231 die Urner von den Habsburgischen Vögten unter Graf Rudolf durch selbstaufgelegte hohe Steuern von der Knechtschaft los-

kaufen wollten, mit dem Resultat, dass der zuvor versprochene Freiheitsbrief wenig später keine Rechtsgültigkeit mehr erlangte...

Unbegründete Angst

Bereits seit Jahren exportieren geschäftstüchtige Schweizer Firmen ihre Produkte auch nach Osteuropa und schaffen dort sowohl Arbeitsplätze als auch «Know-how». Sanktionen gegen die Schweiz müssten alle 25 EU-Staaten einstimmig beschliessen, was jedoch sehr sehr unwahrscheinlich ist. Deshalb ein klares **Nein zur Kohäsions-Milliarde am 26. November 2006!**

Marcus Stoercklé jun., Basel

Immigranten-Express – Neues Ungemach im Anzug

Fast täglich berichten Fernsehen, Radio und Presse über die Landung von mit zumeist papierlosen afrikanischen (Wirtschafts-)flüchtlingen überfüllten, kaum seetüchtigen Fischerbooten, sogenannten Pirogen, auf den spanischen Kanaren oder der zwischen Sizilien und Tunesien liegenden italienischen Insel Lampedusa. Dabei wird bei der Schilderung des Elends der durch die lange Fahrt, Hunger und Durst völlig erschöpften illegalen Zuwanderer tüchtig auf die Tränendrüsen der Medienkonsumenten gedrückt. Da die Auffanglager auf den betreffenden Inseln hoffnungslos überfüllt sind, werden diese Afrikaner auf das spanische bzw. italienische Festland gebracht, etwas aufgepöppelt und dann sich selbst überlassen. Sie sind nun im Schengen-Raum befindend, können sie in jedes beliebige EU-Land weiterziehen, sofern sie nicht mit einem der seltenen Rückführungstransporte in das Ursprungsland repatriert werden. Die Behörden der betroffenen Länder, von der Masseninvasion völlig überrumpelt, haben wohl bei der EU-Zentrale in Brüssel vorgesprochen und in Sachen Grenzschutz um Hilfe gebeten, doch konkret hat sich bis heute nichts getan.

Die **gegenwärtige unkontrollierte Zuwanderung** wird möglicherweise nur **eine kleine Kostprobe** dessen sein, was etwa im 2020 auf Europa zukommen und auch die Schweiz betreffen wird, da das Schengen-Abkommen in Sachen freier Personenverkehr bekanntlich Mitte 2008 in Kraft tritt. Wie die französische Wochenzeitung «Rivarol» vom 8. September 2006 berichtete, trafen sich am 16. Juni

1979 in Fes die Könige Juan Carlos von Spanien und Hassan II. von Marokko, um das Projekt eines **Tunnels unter der Strasse von Gibraltar** zu studieren.

Autobahn der Papierlosen

Bereits am 24. Oktober 1980 kam es zur Gründung eines gemischten zwischenstaatlichen Regierungsausschusses, dem je ein grosses marokkanisches und spanisches staatliches Planungs- und Studienbüro angehören. Dieser Tunnel ist bereits im spanischen Entwicklungsstrategieplan 2005/2020 vorgesehen. Er soll zwischen Punta Paloma (Spanien) und dem marokkanischen Malabata gegraben und 37,7 km lang werden. Mit den Grabungen dieser «**Autobahn der Papierlosen**», wie das geplante Werk jetzt schon genannt wird, soll ab 2008 begonnen werden. Dieses Grossprojekt wurde und wird **von den europäischen Massenmedien** – mit Ausnahme einiger spanischer – bezeichnenderweise **totgeschwiegen**. Die Finanzierung der Baukosten dieses zweiröhrenigen Tunnels, die auf 3 Milliarden Euro (= ca. 4,8 Mia. Franken) veranschlagt werden, ist noch nicht sichergestellt. Deshalb betonen Madrid und Rabat unaufhörlich, dieses Projekt betreffe alle, angefangen mit der EU, welche reichlich um Geld angegangen und ziefellos auch zahlen wird.

Schon jetzt werden von geophysikalischen, geologischen und ozeanographischen Instituten aus dem EU-Raum, Russland und den USA die für den Bau notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen in Angriff genommen, denn die Strasse von Gibraltar birgt einige

seismologische und geologische Tücken, da dort die Kontinentalplatten Afrikas und Europas zusammentreffen. Die **Risiken** dieses gigantischen Unternehmens sind in technischer und namentlich materieller Hinsicht **äusserst hoch**, denn die Rentabilität des Tunnels beruht laut Berechnungen auf einem jährlichen Verkehrsvolumen von 50 Millionen Passagieren und 6 Millionen Fahrzeugen. Es ist ja bekannt, was die falschen Einschätzungen den Kleinaktionären des Tunnels unter dem Ärmelkanal gekostet haben. Aber auf marokkanischer wie auch spanischer Seite gibt man sich betont optimistisch, und Beobachter zweifeln nicht mehr daran, dass die Bauarbeiten, koste es was es wolle, 2008 beginnen werden.

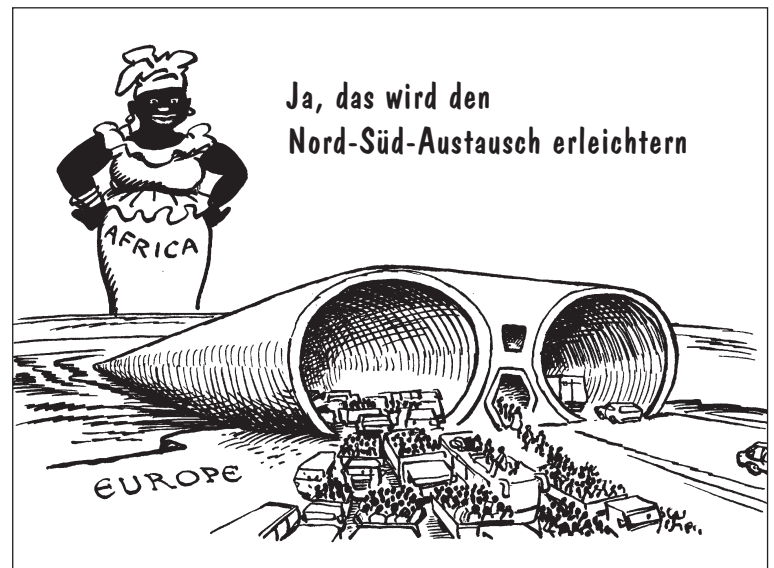
EU finanziert Tunnel

Der Bau dieses Tunnels ist mit der Errichtung eines **riesigen afrikanischen Autobahnnetzes** verbunden, welches natürlich auch **von Europa finanziert** werden soll. Wer weiss, vielleicht wird die Schweiz, um vor der Völkergemeinschaft

armten Volksmassen gar nicht zu reden.»

Dass der Tunnel das Schlepperwesen und die illegale Einwanderung von Afrika nach Europa anschwellen lassen würde, dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die Medien darüber schweigen. Die Angelegenheit könnte sonst zuviel Staub aufwirbeln.

Bereits ist von einem weiteren, noch viel grösseren Projekt pharaonischen Ausmasses die Rede. Ein 136 km langer Tunnel soll 230 m unter dem Meeresspiegel das Kap Bon in Tunesien mit dem sizilianischen Pizzolato verbinden, wobei ebenfalls zwei Röhren, ein Nebentunnel für Technik und Unterhalt sowie vier künstliche Inseln auf der Strecke vorgesehen seien. 25 Millionen Tonnen Erdbreich müssten ausgegraben werden; es sei mit einer Bauzeit von sieben Jahren zu rechnen. Laut «Rivarol» wäre dies ein neuer «Immigranten-Express», der Lampedusa und Malta in die Steinzeit zurückversetzen, d.h. einwanderungsfrei machen würde, wie diese Inseln es früher waren. Da die geplante Inbetriebnahme



gut dazustehen, auch ihr Scherflein beitragen. Abderrahim Kounda, Präsident der Vereinigung «Casablanca-Chaouia-Bordeaux», der dafür kämpft, dass jungen Leuten aus Casablanca ermöglicht wird, sich in Frankreich niederzulassen, ist überzeugt dass, sollte der Tunnel einmal den Betrieb aufgenommen haben, **Marokko in Europa** sein wird. Laut Senegals Präsident Abdoulaye Wade hätte Europa jedes Interesse, den Bau des Tunnels zu finanzieren, da dieser den Warenaustausch zwischen den beiden Erdteilen erleichtern würde. Wörtlich sagte er: «Tomaten, Spargeln, Melonen, Endivien und 150 andere Produkte könnten somit ausgeführt werden.» Dazu «Rivarol» treffend: «Von den ver-

der neuen Alpentransversalen (Neat) zeitlich fast mit derjenigen des Tunnels unter der Strasse von Gibraltar zusammenfällt, stellt sich die Frage, ob dies nur Zufall oder Teil einer **Strategie der Globalisierung** der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, der Schaffung einer «Einwelt» ist.

Max Morf

Herzlichen Dank

unserem Gönner A.P. in L. und St. M. für die regelmässige grosszügige Unterstützung unseres politischen Einsatzes für die Heimat.

*Schweizer Demokraten (SD)
der Stadt Zürich*

Rettet die Demokratie!

Der Monatskommentar von e. Nationalrat Valentin J. Oehen



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Haben Sie sich nicht auch gewundert, wie sich Bundesrat Samuel Schmid anlässlich der Eröffnungsansprache der OLMA ereifert hat, weil ihm der Nationalrat für die neuerliche Schrumpf-Runde der Armee 2011 nicht folgen mochte.

Ob wohl Herr Schmid und sein böser Geist Keckeis von den Bilderbergern inspiriert war? Dann wäre seine Aufregung verständlich, da eines von deren Zielen auf «die Schaffung einer internationalen Armee unter Aufhebung aller nationalen Armeen» lautet und Erfolglosigkeit in diesen Kreisen als Todsünde gilt.

Tönt Ihnen noch in den Ohren, wie BR Couchepin über Verrat am demokratischen Willen des Volkes gewettert hat, weil sich sein Kollege Blocher erlaubt hatte zu sagen, er wolle in seinem Departement den Anti-Rassismus-Artikel (Art. 261 bis StGB) überprüfen lassen? Einen Artikel, der längst als manipulierbarer Maulkorb-Artikel erkannt wurde und der seinerzeit nur durch massiven Druck auf die Gegner des Artikels durch das Volk angenommen wurde (54% Ja-Stimmen). Und wie Vertreter der Linken unter gröblicher Verletzung der Diskretionspflicht über Verhandlungen im Rahmen parlamentarischer Kommissionen Aussagen von BR Blocher zu einer Verletzung des Rassismus-Artikels umzufunktionieren versuchten?

Erinnern Sie sich noch, wie jüngst gleich drei Vertreter des Bundesrates dem Volk einhämmerten, es müsse zu der Ost-Milliardo Ja sagen, sonst...!? Es ist eine reine Erpressungstaktik und man fragt sich nachgerade, wie lange es noch geht, bis die «Regierung» bestimmt, über was wir überhaupt noch eine eigene Meinung haben dürfen.

Wer die Entwicklungsgeschichte des sogenannten Bundesbüchleins studiert – erkennt, wie sich das Selbstverständnis unseres Bundesrates rasant wandelt.

Immer weniger versteht er sich als «Exekutive», also als Vollzieher des Volkswillens. Immer mehr spielt er sich als «Regierung» auf, die sagt, wo «Bartli den Most holt».

An der Haltung zur EU-Beitritts-Frage zeigt sich das, was ich hier anprangere – überdeutlich. Trotz der klaren Willensäußerung des Volkes – der EU nicht beitreten zu wollen, hält der Bundesrat stur an der Option zum Beitritt fest und betreibt eine hinterhältige Salami-taktik, um die Anpassung soweit zu treiben, dass der Eindruck entstehen muss, der Beitritt sei nur noch eine Formsache. Unbekümmert um die Tatsache, dass ein Beitritt einen substantiellen Souveränitätsverlust bedeuten würde.

Die Wachstums- und Verkehrs-politik führen zum Kollaps der direkten Demokratie

Wir sind wieder einmal in einer Phase der Wachstumseuphorie. Die Umsätze der Banken (in fiktiven Papiergeld-Werten) explodieren. Die Bauwirtschaft wird mit Aufträgen überschwemmt, da möglichst viele Papierwerte in feste Anlagen übergeführt werden wollen. In der Einwanderungspolitik ist jede Vernunft baden gegangen. In einer Wachstumsphase verkünden fast alle Oekonomen, Politiker und Gutmenschen, die übervolkerte Schweiz sei ein Einwanderungsland.

Verrückte Projekt-Beispiele wie Andermatt und St. Moritz, Brünen/Bern und Hauptbahnhof Zürich gelten als undiskutable Visionen. Jegliche Diskussion über deren Sinn wird zum vorneherein abgewürgt.

Die pharmazeutische Industrie macht sagenhafte Gewinne. Tamiflu ist das jüngste Beispiel, wie eine Mücke (genannt Vogelgrippe) zu einem Elefanten aufgepumpt wird, sodass aus Seuchenangst ein weitgehend nutzloses Produkt zum Renner gemacht werden kann. Und die Steuerzahler bluten einmal mehr!

Dem öffentlichen und privaten Verkehr wird zur Zeit buchstäblich alles geopfert. Milliarden werden verschwendet, um einem Wirtschaftssystem zu dienen, das in ökologisch ruinöser Art irrwitzige Verkehrsströme generiert. Wehe dem, der dieses System in Frage stellt!

Da wird auch eine vom Volk hoch angenommene Alpenschutz-Initiative zum blossen Gespött. Die bündersrätlichen Versprechen der Umsetzung, d.h. die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, wird lächelnd nach oben korrigiert (1 200 000 Alpen-Querungen durch Lkws statt der versprochenen 650 000).

Da schreien weder Leuthard noch Couchepin, noch die Systempresse von Missachtung eines Volksscheidens!



Wir erleben eine neue Phase der Wachstumseuphorie – wie lange noch?

Die Urbanisierung (lies Verstädterung) des ganzen Landes wird kräftig vorangetrieben. Da werden Strassen begradigt, neue Zentren auf der grünen Wiese geplant und gebaut und die SBB lanciert den «Tramverkehr» im Halbstundentakt zwischen den grossen Zentren des Landes.

In diesem Prozess haben Diskussionen und Entscheide des einfachen Bürgers keinen Platz mehr.

Das Versagen der Massenmedien!

Hemmungslos hacken die Massenmedien zur Zeit auf dem ungeliebten Bundesrat Blocher herum. Jede Verletzung der Diskretionspflicht von Mitgliedern der Exekutive oder von Kommissionsmitglie-

dern wird schamlos genutzt, um Stimmung gegen Blocher zu machen. Dabei werden Plattitüden oder allgemein bekannte Tatsachen zu schweren Vergehen gegen den Antirassismus-Artikel hochgespielt.

Gleichzeitig lesen und hören wir kaum etwas über

- die andauernden Kriegsverbrechen der Israeli in Palästina;
- die radioaktive Verseuchung und ihre Folgen durch die DU-angereicherten Geschosse der Amerikaner und ihrer Verbündeten in den von ihnen angezettelten Kriegen im Balkan, Afghanistan und Irak;
- die Kriegsverbrechen der Bush-Regierung durch die Vorbereitung eines atomaren Angriffskrieges;
- die bedrohliche Entwicklung der Weltwährung (Dollar-Währung) wegen der andauernd steigenden Verschuldung der USA, GB, D, I, FR, und ... und der Schweiz;
- die steigende Abhängigkeit unseres Landes wegen der enormen Lebensmittelimporte als Folge der Totschrumpfung der eigenen Landwirtschaft, der Bevölkerungsvermehrung und des künstlich provozierten Verschleiss-Konsumverhaltens der Bevölkerung;
- die zunehmenden Spannungen in der Bevölkerung als Folge des Verlustes klarer moralischer und sittlicher Normen, der durch die Massenmedien gefördert wird;
- die schlimmen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung, die sich u.a. mit den andauernd steigenden Gesundheitskosten manifestieren;
- die psychischen Folgen der immer bedrückenderen Enge als Folge des ungebremsten Bevölkerungswachstums durch die Einwanderung.

Statt tiefeschürfender Betrachtungen und Nachrichten über erfreuliche Vorkommnisse (die es auch gibt) huldigt insbesondere die Presse dem Grundsatz «bad news are good news». Dass damit eine miserable Grundstimmung im Volk entsteht, kümmert wenig. Hauptsache, die Kasse stimmt.

Die Flucht in die Ablenkung durch Vergnügen aller Art ist offensichtlich; die erschreckend hohe Zahl von Selbstmorden beweist die Dringlichkeit des angesprochenen Problems.

Ein spezielles Beispiel des Versagens der Massenmedien!

Die Bemühungen zur totalen Beherrschung der Menschen laufen seit Jahrzehnten (Orwell 1984).

Die Entwicklung ist akzentuiert worden durch die Computertechnik und den Einsatz der «Cards» auf allen Ebenen. Höchst selten werden wir auf die Problematik des Internet-Verkehrs, der Kreditkarten-Benutzung, der Erfassung der Personendaten im Flugverkehr etc. aufmerksam gemacht. Und die Hundehalter sind bereits daran gewöhnt, dass ihr Pudeli mit einem Microchip einer Dauerüberwachung unterworfen wird. Zu diesem Thema ist mir soeben ein interessanter Text in die Hände gekommen, den ich unseren Lesern nicht vorenthalten will:

«Kreditkarten, Chipkarte usw. werden bald keine Gültigkeit mehr haben. Alle Bürger sollen per Gesetz zur Einpflanzung eines «Microchips» gezwungen werden. Dieser «Microchip», der von den Illuminaten entwickelt wurde, soll den Menschen unter die Haut injiziert werden. Weil der Chip durch die Veränderungen der menschlichen Körpertemperatur neu aufgeladen wird, ist der beste Platz für dessen Anbringung die Stirn, genau unter dem Haaransatz. Die Nadel, mit welcher der Microchip in die Haut injiziert wird, ist etwas dicker als eine mittelgrosse Injektionsnadel. Der Microchip befindet sich in einem geschlossenen, aus Bio-Glas bestehenden Röhrchen mit einer rauhen Oberfläche, wodurch er innerhalb von 24 Stunden nach Implantierung fest auf seinem Platz haftet.

Der Microchip ist für das menschliche Auge unsichtbar und wird alle Informationen von uns speichern, die für die Illuminaten von Interesse sein werden.

Überall sollen Infrarot-Sensoren installiert werden, um den Microchip zu lesen. Der Riesen-Computer in Brüssel – genannt das «Tier» – wurde so programmiert, dass er die Informationen aus dem Microchip verarbeiten kann.

Die Illuminaten werden in naher Zukunft eine ganze Reihe von Gründen aufwerfen, warum es für jeden Menschen so wichtig sein wird, diesen Microchip anzunehmen. Sie werden die Ausrede benutzen, dass dieser Microchip den Körper programmieren wird, damit dieser gegen Seuchen wie AIDS immun wird, und die Illuminaten werden ausserdem die Behauptung aufstellen, dass durch diesen Microchip alle vermissten Personen schneller gefunden werden können. Ihr Ziel ist, dass je-

dem neugeborenen Baby ganz natürlich dieser Chip implantiert wird.

Alle, die sich weigern, den Microchip zu tragen und an der Neuen Weltordnung mitzuarbeiten, werden nicht nur religiös, sozial und politisch abseits stehen, sondern auch finanziell schachmatt gesetzt werden; ihre elektronischen Bankkonten werden vom Computer gesperrt: sie können buchstäblich nichts mehr kaufen oder verkaufen, sie sind zum Sterben verurteilt.»



Reden ist nicht in jedem Fall Silber – und Schweigen nicht immer Gold.

Über diese Dinge und Bestrebungen müssten mindestens wöchentlich Schlagzeilen erscheinen. Ebenso über die Bedrohung des Weltfriedens durch die einzige atomwaffenstrotzende Hypermacht – die USA – mit ihrer andauernden Bedrohung von relativ unbedeutenden Staaten, wie Iran, Nordkorea, Syrien, dem Jemen und anderen. Eine Dauerdiskussion wäre mehr als gerechtfertigt. Aber da hüllen sich unsere Massenmedien in vornehmes Schweigen.

Was können wir tun?

Das Sprichwort **«Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!»** stimmt für den angesprochenen Problemkreis sicher nicht!

Nutzen wir vielmehr jede Gelegenheit, um schriftlich (Briefe, Leserbriefe, Aufsätze) oder mündlich (in Gesprächen, an Versammlungen) die Themen zur Sprache zu bringen und unsere Meinung bekannt zu geben.

Da aber diese unsere Meinung fundiert sein muss, ist es notwendig, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Es ist heutzutage nicht schwierig, die notwendigen Informationen zu erhalten (Fachliteratur, Vorträge von Spezialisten, Internet). Allerdings braucht es Zeit und den Willen, seine Rechte als freier Bürger wahrzunehmen. Dazu gehört auch die Teilnahme an Unterschriftensammlungen und an den Abstimmungen.

Demokratie zu leben ist tatsächlich anspruchsvoll; es genügt nicht, die Früchte der Freiheit zu geniessen. Vorher ist die Freiheit sorgfältig zu hegen und zu pflegen.

Und dann ist an das Lied von Mani Matter zu denken:

**I meinti d'Wält wär freier,
wenn e chli meh würd grüeft,
Heh, heh Frou Meier!**

Wieviel ist die «westliche Wertegemeinschaft» wert?

Wir sind uns einig, dass die Ausbreitung des Islams auch in der Schweiz gefährlich ist und gestoppt werden sollte. Nur: was haben wir ihr geistig entgegenzusetzen? Europa ist nur noch bedingt christlich. In diesem Bewusstsein weisen Kommentatoren gerne auf die Aufklärung und eine so genannte «westliche Wertegemeinschaft» hin. Aber worin besteht denn diese? In der Freiheit, Arbeitskräfte dort zu rekrutieren, wo sie am billigsten sind, und damit ganze Landstriche zu überfremden, übervölkern und überzuindustrialisieren? In grenzenloser Migrationsfreiheit? In Globalisation? In Abtreibungsfreiheit, ungenügender Geburtenziffer zur Erhaltung der Volkssubstanz, Homosexuellenehen und schlechter materieller Stellung kinderreicher Familien? In einer durch Maulkorbparagrafen wegen angeblichem Rassismus und politische Korrektheit amputierten Meinungsausserungsfreiheit? In Wirtschaftswachstum, auch zum Preise ökologischer Zerstörungen? Sind die Gleichnisse der Bibel vom Tanz ums Goldene Kalb und dem Turmbau zu Babel vergessen? Gibt es nur noch Fernstenliebe? Was wol-

len wir denn dem Islam entgegenzusetzen? Wir sind leider geistig schlecht gerüstet, die muslimische Invasion zu bekämpfen! Bei aller Ablehnung von Kopftuchzwang, Benachteiligungen der Frauen, Beschneidungen, Zwangsehen usw. fehlt es uns an Selbstkritik.

Aufklärung wäre schon in Ordnung. Aber sie müsste vollständig sein und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Warum werden die neueren Erkenntnisse der Ethologie und Verhaltensforschung unterdrückt? Der Mensch ist auch ein territoriales Wesen, das an der Landschaft und Umwelt hängt, in die es hineingeboren wurde, auch an seinem Volk, und unter anderen Umständen unter Heimweh leidet. Es liebt seine Muttersprache und neigt zur Ablehnung von Fremdem, das ihm Angst macht. Diese erblichen Verhaltensdispositionen sind biologisch sinnvoll, denn sie wirken der Bevölkerungskonzentration entgegen, welche die Lebensräume zerstört. Ohne einen grundlegenden politischen und geistigen Paradigmenwechsel ist nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa nicht zu retten.

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Perfide Werbung der Steuergeld-Verschwender

Wer wird hier säen und wer ernten? Die Befürworter der Osterweiterung der EU wollen dem Schweizervolk die Verschwendung von einer Milliarde Steuerfranken schmackhaft machen, indem sowohl auf Plakaten als auch in einem mehrseitigen Flugblatt mit dem Slogan «Wer sät wird ernten» Werbung gemacht wird. Im Flugblatt steht unter anderem geschrieben, die Verschleuderung von einer Milliarde Franken läge «Im ureigenen Interesse der Schweiz» oder «Zusammenarbeit, die sich lohnt» oder «Die Zusammenarbeit mit den neuen EU-Ländern sichert uns Exportmärkte und festigt den bilateralen Weg der Schweiz» usw. Leider wird nicht erwähnt, dass nur die einen, nämlich wir alle, die Milliarde Franken mit unseren Steuern «säen», aber die anderen,

nämlich die Arbeitgeber, insbesondere die grossen, ernten werden.

Das Schweizer Volk soll also wieder einmal mit falschen Versprechungen übers Ohr gehauen werden. Dass dazu mit dem Schreckgespenst gedroht wird, dass die EU die bilateralen Verträge kündigen würde, falls die Schweiz die Milliarde Franken nicht spenden wird, passt «wunderschön» ins Bild der EU-Anhänger. Die EU wird sich hüten, die vielen Vorteile, die sie bei den bilateralen Verhandlungen von unserer himmeltraurig schwachen sogenannten Regierung in Bern erpresst hat, aufs Spiel zu setzen. Hoffentlich lassen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger diesmal kein X für ein U vormachen und schicken die Vorlage am 26. November haushoch bachab.

Dr. D. Najman, Baden

Moral-Apostel Markus Rauh entlarvt

Zusammen mit Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss kämpfte Markus Rauh an vorderster Front gegen das Ausländer- und Asylgesetz. Die Linke jubelte und war stolz, dass sie mit Markus Rauh einen «Wirtschaftsmann» als Aushängeschild gewinnen konnte. Rund zwei Dutzend Podiumsgespräche bewältigte Rauh als Wander-Prediger und Missionar.

Mitgeteilt wurde nur, dass Rauh Ex-Verwaltungsratspräsident der Swisscom war. Verschwiegen wurde aber sein Leistungsausweis als «Wirtschaftskapitän».

Zu erwähnen ist deshalb, dass die Swisscom in den vergangenen Jahren wegen ihrem Auslandengagement grosse Verluste eingefahren hatte. Rauh war somit kein erfolgreicher Manager, auch nicht als früherer Unaxis-Präsident. Zur Zeit sitzt er noch im Verwaltungsrat der St. Galler Kantonalbank; hoffentlich nicht mehr lange.

Rauh schonte keinen im Abstimmungskampf

In zahlreichen öffentlichen Auftritten beschimpfte er die Befürworter. Als unmenschlich, charakterlos wurde die Gesetzesvorlage bezeichnet und als Lügner wurden

die Befürworter beschimpft. Als selbsternannter Moral-Apostel duldete er keine andere Meinung. In der Abstimmungsbroschüre schrieb er: «Ich schäme mich in einem Land zu wohnen...», bezogen auf dieses «unmenschliche» Asylgesetz. Auf diese Aussage bezogen schrieb ich Herrn Rauh, er möge doch auswandern. Eine Antwort von ihm blieb selbstverständlich aus. Diese Aufforderung zur Auswanderung wiederholte ich nochmals nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses.

Bereits Rütli-Rede missbraucht

Markus Rauh hielt bekanntlich die 1.-August-Rede 2006 auf dem Rütli. Schon damals missbrauchte er diesen geschichtsträchtigen Ort, um gegen das Ausländer- und Asylgesetz zu schimpfen. Gleichzeitig warb er noch für einen EU-Beitritt. Dies obwohl er der Rütli-Kommission versprochen hatte, seine Rede nicht für den Abstimmungskampf zu missbrauchen. Wie ein Elefant im Porzellanladen trat er gegen die Ausländer- und Asylvorlagen an.

Einen Tag nach der Abstimmung

Am Montag den 25. September 2006, also nur einen Tag nach der



Markus Rauh, ehemaliger Präsident des Verwaltungsrats der Swisscom

Volksabstimmung, brachte der Zürcher Tagesanzeiger, dass der Staatsanwalt gegen Markus Rauh wegen Insider-Verdachts schon seit längerer Zeit ermittelt. Die Presse wusste davon und fragte schon Wochen vorher Markus Rauh, ob eine Strafuntersuchung gegen ihn laufe. Er verneinte dies stets. Sowohl Rauh, die Swisscom und auch Bundesrat Moritz Leuenberger wussten schon lange von der Strafuntersuchung. Rauh gab die Lüge später zu mit der Begründung, dass er die Abstimmung nicht ge-

fährden wollte. Der selbsternannte Moral-Apostel hatte die Lüge nachträglich eingestanden.

Rauh ein «herzensguter» Mensch

Bei dem Swisscom-Insidergeschäft liess er Fr. 548 890.– in seinem privaten Portefeuille absichern. Dies genau zwei Tage bevor der Bundesrat bei der Swisscom intervenierte. Zudem war Markus Rauh gesetzlich verpflichtet, diese Transaktion zu melden. Dies hatte er – wegen angeblicher Unwissenheit, wie er es sagte – nicht getan.

Rauh hatte allein an Swisscom-Aktien ein Privatvermögen von über einer halben Million Franken. Warum hat er sein grosses Vermögen nicht an die armen Menschen dieser Welt verteilt? Wenn er sich so grosse Sorgen um die Hilfsbedürftigen macht. Im steuergünstigen Mörschwil/SG besitzt er – der Mann mit dem grossen Herzen – eine beachtliche Villa. Das Gesamtvermögen dieses Gutmenschen ist leider nicht bekannt.

Gespannt darf man auf das Ergebnis der Staatsanwaltschaft sein. Somit hat die Geschichte Rauh, zum Leidwesen der Linken und Humanisten, noch eine Fortsetzung.

BB – Bravo Blocher!

Bravo Bundesrat Blocher! Er sagt, was viele täglich ärgert. Wir brauchen keine Rassismus-Moralisten und -Vögte wie Georg Kreis. Es geht nämlich gar nicht um Völkermord in der Türkei oder anderswo, es geht um Entrechtung, ja Entmündigung des eigenen Volkes! Uns sollen so Entwicklungen auf-

gedrängt werden, die uns kaputt machen!

Jeder der die Wahrheit sagt und Realitäten nennt, ist Rassist, ja Extremist! Eine Demokratie ohne das «freie Wort» (BV § 16) ist tot! Wir sind nahe daran.

Willy Schmidhauser,
Präsident, SD Thurgau

Die Auflagen für Umwelt-, Tier- und Menschenschutz werden rigoroser, sprich teurer! (z.B. Feinstaub) Selbst hochwertige Arbeitsplätze werden in billigere Länder ausgelagert. Gewiss, Frau Bundesrat, wir brauchen Wachstum, aber bitteschön ein qualitatives mit neuen Ideen, besseren Produkten, fleissigen Mitarbeitern und bestens geschultem Personal. Das ist der Weg und ganz gewiss nicht Quantität und Masseneinwanderung! Frau Bundesrätin wünscht mehr Aldi- und Lidl-Läden, für mehr Wettbewerb... Dafür kann der Dame niemand Rosen geben. Konsumentenpreise und landwirtschaft-

liche Produkte aus unserem Berg- und Hügelland können selbst bei noch «schaffigeren» Bauern niemals mit holländischen Produkten konkurrenzieren. Dazu kommen hart erkämpfte Auflagen für Tier und Natur (was von vielen sehr geschätzt und gewünscht wird)! Sie alle verteuern unsere Produkte. Wenn Märkte geöffnet werden, sollten die Bedingungen für alle Produzenten gleich sein, Frau BR Leuthard – alles andere ist doch Selbstbetrug!

SD Thurgau, Parteileitung,
www.sd-tg.ch,
sd-thurgau@bluewin.ch

Bundesrätin ohne Rosen

Rund 122 000 sind ohne Arbeit. Trotzdem loben Bundesrat und Politiker unsere Wirtschaft.

Wachstum sei gut, es «laufe wie geschmiert...» Trotzdem wächst das Defizit der Arbeitslosenkasse unaufhaltsam und milliardenschwer. Warum? Ganz einfach, 100 000 Arbeitslose beziehen Unterstützungsgelder, die etwa den einbezahlten Prämien entsprechen. Wie lange haben wir schon mehr als 100 000 Arbeitslose? Die bis heute benötigten Kredite belaufen sich bald auf 3 Milliarden. Wann aber wird diese Sozialversicherung kos-

tendeckend sein, wenn immer neue Leute kommen können? Da sind noch ganz andere Katastrophen, die schön geredet werden: Jeden Monat fallen rund 2000 Arbeitslose aus der Statistik, sie waren 15 Monate arbeitslos und werden dann zu Fürsorgefällen der Gemeinden und Städte. Wer zahlt diese Milliarden; vom menschlichen Elend nicht zu reden?

Doris Leuthard, die neue CVP-Bundesrätin predigt mehr Wettbewerb und stabiles Wachstum. Also mehr Beton, Einwanderung und Umsatz. Alles wird noch teurer!

Cantoni Ticinese

Non dobbiamo niente all'UE!

La situazione finanziaria della Svizzera non è per niente rosea. È pertanto incomprensibile che il nostro Paese offra ai nuovi Stati dell'UE un miliardo di franchi – a spese dei contribuenti – senza alcun obbligo contrattuale o contropartita. Inoltre, la nuova legge federale sulla cooperazione con gli Stati dell'Eu-

ropa dell'Est rappresenta una cambiale in bianco per nuovi contributi illimitati a favore di futuri membri dell'UE. La sua accettazione permetterebbe, senza dover consultare gli elettori, di rimpinguare senza fine le casse dell'UE. La Svizzera diventerebbe definitivamente la vacca da mungere dell'Europa.

Unwürdige Rassismus-Strafnorm abschaffen!



1994 wurde das Antirassismus-Gesetz vom Volk angenommen. Erfreulicherweise macht jetzt Bundesrat Christoph Blocher die Verteidigung der Meinungsäusserungsfreiheit und die von Gesinnungsjustiz ausgehenden Gefahren zum Thema. SD-Nationalrat Bernhard Hess, der in der Herbstsession eine Parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Rassismus-Strafnorm eingereicht hat, hat sich nachstehende Gedanken zum Thema gemacht:

Die Diskussion über die Aussage von Bundesrat Blocher zur den Unzulänglichkeiten des Antirassismusgesetzes (ARG) in Ankara und zu meinem parlamentarischen Vorstoss zur Wiedereinführung der uneingeschränkten Meinungsäusserungsfreiheit findet in einer Zeit statt, wo aufgrund der weltpolitischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem so genannten Karikaturenstreit und den kürzlichen Überlegungen des Papstes Benedikt XVI viel über die Gewährleistung der Religions-, Glaubens-, Gewissens-, Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit gesprochen wurde und wird. Dabei fällt auf, dass Medien, Parteien und Politiker, die sich noch vor wenigen Jahren klar für die Einführung der Rassismus-Strafnorm ausgesprochen haben, sich als Märtyrer der Meinungsfreiheit aufspielen. Jedenfalls muss auch in der Schweiz eine unterschiedliche Auslegung der Meinungs- und auch der Pressefreiheit beobachtet werden. Es ist paradox: Das schweizerische Antirassismusgesetz bietet Hand für eine strafrechtliche Verfolgung nicht konformer Meinungen und Äusserungen. Es bietet Hand für Pressezensur und es unterstützt die Ausgrenzung Andersdenkender.

Waffe gegen Überfremdungsgegner

Kritiker der Überfremdung, der Masseneinwanderung und des Asylmissbrauchs sollen mit Prozessen und Prozessandrohungen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Diese, einer freiheitlichen Gesellschaft unwürdige

Strafnorm wird allgemein von einer Mehrheit der politischen Kaste geduldet, ja in der tagespolitischen Auseinandersetzung als Waffe gegen Überfremdungskritiker gebraucht.

Eine besonders bedenkliche Rolle spielen dabei die Medien. Insbesondere unser grösstes Boulevardblatt in der Schweiz wird nicht müde, gegen so genannten Rassismus und so genannte Fremdenfeindlichkeit anzukämpfen. Wie oft schon wurden Überfremdungskritiker in diesen und anderen Textspalten an den Pranger gestellt. Die gleiche Zeitungsredaktion jedoch veröffentlichte, wohl um die Auflage zu steigern, die Mohammed-Karikaturen und versteckte sich hinter der Meinungs- und Pressefreiheit. Oh ihr Heuchler, möchte man solchen Redakteuren zurufen!

Schutzwürdige Meinung

Die Meinungsfreiheit ist das Recht eines jeden Menschen, seine Meinung zu äussern und zu verbreiten. Eine Meinung ist eine wertvolle Aussage. Die Meinungsäusserungsfreiheit wird auf vielfältige Weise bedroht. Verbote wie das verschärfte Antirassismus-Gesetz, drohende Repressionen, Sanktionen oder eine vorher einzuholende Erlaubnis (Vorzensur) beschränken die Ausübung der Meinungsäusserungsfreiheit erheblich. Beim Schutz des Begriffs «Meinung» darf es nicht darauf ankommen, ob es sich um ein richtiges oder falsches, emotionales oder rational begründetes Werturteil handelt. In einem pluralistisch strukturierten und auf der Konzeption einer freiheitlichen Demokratie beruhenden Staatsgefüge ist jede Meinung, auch die von herrschenden Vorstellungen abweichende, schutzwürdig.

Verschärfte Gerichtspraxis

Mit Urteil vom August 2004 hat das Bundesgericht seine Rechtsprechung zur Rassendiskriminierung massiv verschärft. Künftig sollen rassistische Äusserungen auch dann strafbar sein, wenn sie nicht im öffentlichen Rahmen erfolgen. Dies bedeutet eine Verschärfung im Alltag, denn der Öffentlichkeitsbegriff wird neu definiert. Laut dem aktuellen Grundsatzentscheid gelten als öffentlich, wenn Aussagen oder Handlungen nicht im engen Familien- oder Freundeskreis erfolgen.

Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt haben sich die Schweizer Demokraten, in einem unerbittlich

"Das freie Wort"



geführten Referendumskampf an vorderster Front gegen die Rassismusstrafnorm engagiert. Ich erinnere mich noch genau: Unermüdlich beteuerte der Bundesrat, dass das neue Antirassismusgesetz keinesfalls die Privatsphäre verletze. Auch der so genannte Stammtisch sei nicht betroffen, wurde unablässig von den Befürwortern der neuen Strafnorm versprochen. Es zeugt von mangelndem Fingerspitzengefühl, wenn das Bundesgericht eine umstrittene Strafnorm, dessen Einführung immerhin 1994 in elf Kantonen sogar von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde, ohne ersichtlichen Grund über die Rechtsprechung die Strafnorm verschärft.

Bald totale Überwachung?

Unser höchstes Gericht hat zweifellos eine klare Änderung und insbesondere eine Verschärfung der

Rechtssprechung eingeleitet. Diese Praxisänderung ist schlicht ein Betrug am Wahlvolk. Denn dieses hat damals, wenn auch nur sehr knapp, den Versprechungen des Bundesrates und der Classe politique geglaubt, dass die Rassismus-Strafnorm keine nennenswerten Beeinträchtigungen des Alltagslebens beinhalte.

Unzweifelhaft erfährt der freiheitlich demokratische Rechtsstaat immer mehr Einschränkungen und Defizite. In der Schweiz sind wir auf dem Weg zum «gläsernen Menschen», der überall beobachtet und kontrolliert wird. Die Einführung, und insbesondere die Verschärfung der Rassismus-Strafnorm bewirkt, dass in unserem Land jemand wegen einer nicht politisch korrekten Ansicht, Aussage oder Handlung verurteilt werden kann. Dieser Umstand ist unerträglich. Halten wir es deshalb mit **Voltaire**, dem Vorkämpfer gegen geistige Unfreiheit, der appellierte: «Ich halte Ihre Ansichten für abgrundtief falsch, werde aber alles dafür tun, dass Sie sie ungestraft äussern dürfen.»

Es ist höchste Zeit, dass Bundesrat Christoph Blocher seine Verwaltung prüfen lässt, ob die Anwendung dieses Gesetzes nicht gegen fundamentale Rechtsprinzipien verstösst, denn das Antirassismusgesetz ist zweifellos eines liberalen Rechtsstaates unwürdig.

Schweizerkreuz-Verbot motiviert SD zur Einführung von Schuluniformen

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern reagieren mit Unverständnis und Empörung auf den skandalösen Entscheid der Roggwiler Schulkommission, Kleidungsstücke mit einem Schweizerkreuz künftig von der Schule zu verbannen. Als Reaktion kündigen sie die Einreichung eines Grossratsvorstosses zur Einführung von einheitlichen Schulkleidern an.

Insbesondere nach der sommerlichen Euphorie in Rot-Weiss anlässlich der Fussball-Weltmeisterschaft ist es für die Schweizer Demokraten ein veritabler Skandal, dass Schweizerkreuz-Leibchen nicht mehr in Berner Schulstuben geduldet werden sollten. Der Entscheid der Schulbehörde schränkt die persönliche Freiheit des Schülers ein, die Schweizer Mehrheitsbevölkerung wird damit unnötig diskriminiert und die behördliche Patriotenverfolgung erklimmt einen neuen fragwürdi-

gen Höhepunkt. Um künftig solchen unwürdigen Kleidungsverboten aus dem Wege gehen zu können, werden die SD in der kommenden Grossratssession einen Vorstoss zur Einführung von einheitlichen Schulkleidern einreichen, wobei Grossrat Peter Schori ausdrücklich unterstreicht, dass seine Motion keinesfalls als Kapitulation vor dem Roggwiler Leibchenentscheid angesehen werden darf. Vielmehr kritisieren die SD den immer stärker werdenden ruinösen Kleiderwettbewerb unter Jugendlichen, was oft zu Streit, Neid, Missgunst und sozialer Ausgrenzung führt. Jüngste Erfahrungen mit Schuluniformen im Kanton Baselland zeigen zudem, dass einheitliche Schulkleider durchaus sehr modisch gehalten werden können.

SD-Kantonalverband Bern, Bernhard Hess, Nationalrat, Pressechef SD Kanton Bern

Jede Gewalt ist Gewalt!

Seit über 20 Jahren findet in Europa, ganz besonders in der Schweiz, eine spürbare gesellschaftspolitische Veränderung statt. In einer aggressiven Art werden Grundwerte wie Familie, Ehe, Ethik, Moral, Achtung fremden Eigentums, Ordnung, Förderung vermehrter Selbstverantwortung oder bestehende Kultur- und Staatsgrenzen schlecht gemacht und als «hinterwäldlerisch» verurteilt! Federführend in all diesen Demütigungen sind landesweit die Medien! Künstler, die meisten Politiker und die Regierungsmitglieder stehen in einer totalen Abhängigkeit der fast ausschliesslich linken Medienkonzerne!

All den unbestechlichen und gradlinigen Politiker(innen), die sich diesem Mediendruck unbeeindruckt entgegenstellen, gebührt ein herzlicher Dank und hohe Achtung! Den wenigen Zeitschriften, die all die vielen «tot geschwiegenen» Realitäten in der veränderten Gesellschaft trotzdem weitergeben, gehört grosse Anerkennung! Es wird unangenehm, wenn man über die Folgen dieses 20-jährigen Mentalitätsumbaus schreibt und spricht. Wer mit offenen Augen durch die Schulhäuser, die Sportveranstaltungen, die Spitäler, die Polizeistationen, die Strafanstalten oder einfach durch die Strassen der Städte flaniert oder in öffentlichen Verkehrsmitteln reist, kann nicht schweigen! In Gesprächen mit und unter einfachen Menschen hört man sehr viel über die negativen Folgen der grenzenlosen Humanitätswelle! Erlaubt sich aber eine politische Partei, vom zunehmenden Fürsorgemissbrauch, den integrationsunwilligen Ausländer(innen), der enormen Kriminalität durch die multikulturelle Entwicklung oder den laufenden Sachbeschädigungen (Sprayerien) öffentlich zu reden und zu schreiben, dann werden all diese Realisten durch die Medien zu den schlimmsten rechtsbürgerlichen «Hinterwäldlern» gestempelt!

Rechtsextremismus wird hochgespielt

Die (bald vollständige) schweizerische Einheitspresse hat nun ein ganz raffiniertes Mittel gefunden, um all diesen «Patrioten», «Hinterbänkler», «Isolationisten» und konservativen «Moralisten» den totalen Krieg zu erklären: Das in keiner Tageszeitung fehlende Wort Rechtsextremismus wurde zum Kult und zu einer indirekten Schuldzuweisung an alle Parteien,

die rechts der Mitte agieren! Wenn heute ein gewählter Politiker von «Heimat» oder «unserer einheimischen Kultur» spricht, wird er zur «Skandalfigur», ja sogar zu einem «Rechtsextremisten» verurteilt! – Die paar jungen Fahnenträger an der Geburtstagsfeier auf dem Rütli und ihre Buhrufe gegen einen Bundesrat, der das einzige Heil der schweizerischen Zukunft in einem raschen EU-Beitritt sah, lösten einen noch nie dagewesenen «Aufschrei» bei den Medien aus!

Genau dieses unverhältnismässige Hochspielen der Geschehnisse auf der Rütliwiese, auf der 1291 das freiheitliche Zusammenleben der Eidgenossen geboren wurde, löste bei einigen orientierungslosen, jugendlichen Wirrköpfen in unserem Lande Möglichkeiten zur «Selbstverwirklichung» aus. Kurzer Haarschnitt, Bomberstiefel und lässige Lederjacke und ab und zu eine gehörige Schlägerei mit den Linken oder provokativen Einwanderern, das gibt Schlagzeilen! – Genau diese Taktik ging auf! Die Medien und deren Lieblingswasserträger aus dem linken Lager begannen ihre täglichen Berichte über den landesweiten Anstieg des äusserst gefährlichen und brutalen «Rechtsextremismus» zum wichtigsten Gegenwartsproblem zu kreieren! Die gesamtschweizerisch kleine Zahl solcher jugendlicher «Möchtegernbullen» oder der Blick in die vergangene «Gotthelfs-Zeit», in der sich jedes Wochenende brutale Schlägereien zwischen Jugendlichen aus den Nachbardörfern abspielten, nützten nichts! Der «Rechtsextremismus» wird zum festen und ständigen Tages-thema Nummer eins hochgespielt!

Auf dem linken Auge blind

Denken wir zurück in die verrückte 68er-Zeit: Tagelange Strassenschlachten mit Dutzenden verletzten Polizisten und steinwerfenden Anarchisten. Millionenschäden und Frust bei den vielen Opfern! Damals sprachen die besorgten Journalisten nicht von einem staatsgefährlichen «Linksextremismus»! Im Gegenteil, vom «Gurkensalat», den man aus dem Staat machen sollte, wurde wohlwollend geschrieben. Die Medien standen voll hinter der «Revolution», die von der «kapitalistischen» in eine «humane» und bessere Welt führen müsse! – Diese damaligen Steinwerfer und Chaoten haben ihr Ziel erreicht: Die meisten Medienkonzerne, die politischen Leitfiguren in der EU (Aus-



Vermummte linke Teilnehmer an der bewilligten 1.-August-Demonstration 2005 in der Stadt Luzern.

senminister Fischer!) oder die Justiz, liegen heute fest in den Händen der damaligen «68er-Anarchisten»! – Nur so wird die Tatsache verständlich, dass die wiederkehrenden 1.-Mai-Schlachten in Zürich, die verummten Anarchisten am WEF oder Brutalitäten nach Sportveranstaltungen nie zu einem «linksextremen» Gewaltthema erkoren werden! Man spricht einfach von «Demonstranten», von WEF-Gegnern oder «Antifa-Umzügen»!

Diesen gewalttätigen «68er-Weltveränderern» verdanken wir vieles der heutigen, vielschichtigen Gesellschaftsprobleme: Das «Einläuten» einer humaneren Welt brachte nicht bloss Gutes. Die Nachteile einer grenzen- und kulturlosen Einheitswelt werden immer spürbarer: Jede zweite Ehe wird geschieden, allein erziehende Eltern-teile, Verherrlichung aller Abartigkeiten (Street-Parade), Duldung zunehmender Sachbeschädigungen und die bedenklich ansteigende Kriminalität in Schulen und Öffentlichkeit werden immer unerträglicher! Die Grenzen für Anstand und Moral sinken laufend tiefer. Die Hemmungen, einfach beim «Staat» anzuklopfen, statt vermehrte Selbstverantwortung (Weiterbildung, Arbeiten usw.) zu zeigen, sind bei gewissen Leuten vollständig verschwunden! Die Eltern und Lehrer sind zu humanen «Sozialarbeitern» verkommen. Alles wird erlaubt und leider auch finanziert!

Die Jugendlichen fühlen sich in dieser limitlosen Gesellschaft nicht mehr verstanden. Politiker und Lehrer richten Gratisplätze zum Rauchen und Haschen ein, statt für eine tragfähige Zukunft mit mehr Härte zu sorgen! – Früher mussten wir auch «Grenzen» su-

chen: Ein Marx-Buch unter der Schulbank, ein «Aufbocken» des Autos vom Schularzt oder das Gartentor vom Nachbar in den Brunnen werfen reichte problemlos, um am Mittwochnachmittag Strafaufgaben im Schulzimmer zu leisten. Heute fehlen solche Massnahmen. Die Jungen, in dieser modernen, medialen Vernetzung, suchen sich irgendwie bemerkbar zu machen. Weil eigentliche Grenzen der Gewalt fehlen, wird dreingeschlagen, Häuser versprayed oder Mobilien zertrümmert! Das Messer und die Waffe gehören vielfach in die Schulmappe, wie Hefte und Bücher!

Die Medien und all die «netten» und «beliebten» Politiker aus dem linken Lager wollen die negativen Folgen ihrer 68er-Ideologie niemals zugeben. Die paar kahlköpfigen «Schlägertypen» kommen wie gewünscht. Die grosse Orientierungslosigkeit bei ca. 0.02% der Schweizerjugend wird nun zum «Sündenbock», ja sogar zu einer «Staatskrise» gemacht! Die «Rechtsextremen» füllen in Gemeinde-, Kantons- und sogar im Bundesparlament die Traktandenlisten! Das Wort «Linksextremismus» existiert nicht! Autonome, Demonstranten oder schwarzer Block werden all die gewalttätigen Chaoten genannt!

Totale Medienmanipulation

Die ganze Euphorie wäre nicht dermassen verwerflich, wenn die Medien nicht mit so fiesen Tricks und Manipulationen agieren würden: Seit einiger Zeit werden bei kriminellen Taten, bei denen Ausländer(innen) als Täterschaft ermittelt werden, die Nationalität wissentlich verschwiegen oder die

Jede Gewalt ist Gewalt

Fortsetzung von Seite 8:

Fälle gar nicht publiziert. Steht ein «roter Schweizerpass» im Spiel, erfährt der Leser bereits in der Überschrift oder im ersten Satz: «... ein 34-jähriger Schweizer raubte im...!» – Früher wurden Arbeitslosenzahlen nach Anteilen (Schweizer und Ausländer) veröffentlicht. Heute spricht man nur noch von Männern und Frauen! Gewaltbereite Kinder in den städtischen Schulen werden nie nach Herkunftsländern aufgelistet! Die Herkunft der «Schwarzfahrer» in Zügen und Bussen bleibt für Ausenstehende grösstes Geheimnis! Missbräuche auf den Fürsorgeämtern erfährt man nur mit den nötigen Beziehungen zu den Mitarbeitern!

All diese Realitäten darf und kann man nicht mit Gewalt und fremdenfeindlichen Sprüchen lösen!

Diesen realen Problemen müssen die gewählten Politiker(innen) am Tisch und mit griffigen Massnahmen entgegenwirken. Jede Gewalt muss uneingeschränkt und hart bestraft und verhindert werden! Wenn politische Parteien also gewillt sind, die Fakten aufzuzeigen, so wird die Ohnmacht der jungen Wirrköpfe abnehmen und verschwinden. Übrigens genau so, wie damals, nach der «68er-Unruhe», als die Wünsche der politischen Linken langsam in Erfüllung gingen! – Solange die Macht «Medien» den paar «Schlägertypen» soviel Aufmerksamkeit und Wichtigkeit zugesteht, wird die Szene nicht verschwinden! Offenbar geht es den Linken und Netten gar nicht um die jugendlichen Obdachlosen, sondern mit dem täglichen Wort «Rechtsextremismus» meint man doch insgeheim die Politik am «rechten Rand»!

Rolf Bolliger, Orpund

mit 1942 Stimmen (33.87 %) rund 560 Stimmen hinter der SP-Frau. Die Dame von der EVP lag mit 1211 Stimmen abgeschlagen an 3. Stelle. Da niemand das absolute Mehr erreicht hat, geht es nun in den 2. Wahlgang. Dieser findet mit den nächsten Volksabstimmungen am 26. November 2006 statt. Mit diesem Ergebnis können die SD durchaus zufrieden sein. Die SD Sektion Fricktal haben sich vor gut drei Jahren gegründet. Dieses Ergebnis zeigt, dass sich die bisherige Arbeit im Fricktal gelohnt hat und dass auch die grossen Parteien

mit den SD rechnen müssen. Dass dieses Ergebnis nicht repräsentativ ist, da nur drei Parteien um den Sitz gekämpft haben ist klar, es ist aber trotzdem erfreulich für die junge Sektion, über ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt zu haben. Nun gilt es, sich gut auf den 2. Wahlgang vorzubereiten und neue Wähler zu mobilisieren. Aufgeben gibts nicht, und unter dem Motto «Jetzt erst recht!» setzen wir alles daran, diesen Sitz doch noch für uns zu gewinnen.

Schweizer Demokraten
Sektion Fricktal

Kanton Zürich

Regierungsratswahlen 2007

Schweizer Demokraten (SD) nominieren Markus Alder

Die Delegiertenversammlung der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat beschlossen, für die Regierungsratswahlen vom 15. April 2007 Markus Alder als Kandidaten zu nominieren.

Markus Alder soll in der Kantonsregierung als dritte Kraft neben die bürgerlichen und linken Altparteien treten und die nationale,



umweltbewusste und soziale Politik der Schweizer Demokraten (SD) auch auf der Regierungsebene einbringen.

Die Delegierten haben ferner mit Befremden vom Vorhaben der Kantonsbehörden Kenntnis genommen, in der neuen Kirchengesetzgebung ein Stimmrecht für Ausländer vorzusehen.

Die Schweizer Demokraten werden jede Gesetzesvorlage, welche Nichtbürgern politische Rechte einräumt, mit dem Referendum bekämpfen.

Kanton Bern

Wahlen Stadt Thun

SD-Sitz halten!

SD/He. Die Schweizer Demokraten (SD) treten mit der bisherigen Stadträtin Silvia Brandenberger zu den Erneuerungswahlen in der Stadt Thun an. Mit der äusserst jungen Liste 9 wollen die SD das Mandat halten und nach Möglichkeit einen zweiten Sitz hinzugewinnen.

Mario Nyffenegger, geb. 1984, Mitglied SD Thun, Logistikpraktiker

Andreas Heller, geb. 1984, Mitglied SD Thun, Elektromonteur

Stephan Dolder, geb. 1983, Metallbauer, Mitglied SD Thun

Marc Tütsch, geb. 1986, Verkäufer, Mitglied SD Thun

Gehen Sie am 26. November 2006 unbedingt an die Urne oder wählen Sie ab sofort brieflich.

Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert einlegen und gleichzeitig die Ost-Milliardenzahlung entschieden ablehnen.

Unsere Stadträtin

Silvia Brandenberger, geb. 1964, Mutter und Büroangestellte, Vorstand SD Thun



Unsere Neuen:

Jürg Hofmann, geb. 1964, Betriebsspezialist, Vizepräsident SD Thun



Rot-Grüne Schreckensherrschaft

Nachdem die lieben Genossen endlich realisiert haben, dass durch die eigenen, ständig wachsenden finanziellen Begehrlichkeiten der angestrebte Schuldenabbau in weite Ferne rückt, müssen schleunigst neue Einnahmequellen erschlossen werden. Lautstark wird nach einer höheren Abgeltung der Zentrumslasten verlangt; die Agglomerationen sollen doch gefälligst noch mehr Geld in ein Fass ohne Boden werfen. Wenn einer da auch noch allen Ernstes behauptet, die Zentren seien die Motoren der bernischen Wirtschaft, hat er schlicht verschlafen, dass sich viele Betriebe bereits in die wirtschaftsfreundlicheren Agglomerationen verabschiedet haben, wo sie mit offenen Armen empfangen wurden. Die Aussicht auf noch weniger und ausschliesslich gebührenpflichtige Parkplätze in der Stadt wird die

Einkaufszentren rund um Bern zum freudigen Händereiben veranlassen, ganz in Erwartung eines rasch wachsenden, die moderaten Parkgebühren schätzenden Kundenzustroms aus den Stadtquartieren. Bern mit London vergleichend, sind die Genossen gewillt, das unsinnige Roadpricing-Projekt voranzutreiben und damit eine dreitausendfränkige Strassenzollsteuer pro Jahr und Autolenker einzuführen. Dies muss unbedingt verhindert werden, da sonst noch mehr wertvolles Steuersubstrat durch weitere Abwanderung von Mittelstand und Gewerbe verloren geht. Die Schweizer Demokraten werden die Umsetzung dieses Horrorszenariums mit allen Mitteln bekämpfen.

SD-Stadtsektion Bern,
Robert Meyer, Pressechef

Kanton Aargau

Jetzt erst recht – Auf in den zweiten Wahlgang

Am 24. September 2006 fanden im aargauischen Bezirk Laufenburg Wahlen für einen Ersatzrichter am Bezirksgericht statt. Die SD Sektion



Fricktal ging mit **Roland Wagner** ins Rennen. Weitere Kandidaten stellten die SP und die EVP. Vor allem in den kleinen Gemeinden konnte Roland Wagner sehr gut abschneiden und in manchem Dorf hat er das Rennen gar gewonnen. Nur in drei grossen Gemeinden wurde er klar auf den 2. Platz verwiesen und blieb deshalb

Gründung der Regionalsektion Oberer Zürichsee/Glarnerland

Im Hotel Bären, Lachen SZ, fanden sich am 22. September 2006 um 20 Uhr rund 50 begeisterte SD-Anhänger inklusive Ehrengästen und Nachbarssektionen ein. Die Gründungsversammlung wurde mit der Eröffnungsrede von Fridolin Zweifel und der Powerpoint-Präsentation pünktlich gestartet.



Präsident
Fridolin
Zweifel

Nach der Begrüssung folgte die musikalische Überraschung mit zwei jungen Alphornbläsern aus der Region.

Das Konzept der Regionalsektion mit deren Verknüpfungen zu den Nachbarssektionen Hinwil ZH und Wil SG wurde mit der Regionalkarte erfolgreich präsentiert.

Der Tagespräsident Roland Brändli bestimmte den Protokollschreiber und schlug den Regionalvorstand vor, welcher durch interessante Anregungen von den anwesenden Mitgliedern unterstützt wurde. Der Regionalvorstand wurde grösstenteils einstimmig auf zwei Jahre gewählt und setzt sich wie folgt zusammen; Präsident Fridolin Zweifel (55), Vizepräsident Christoph Zellweger (52), Aktuar Jörg Zollinger (23), Kassier Marianne Honegger (50), Beisitzer Christian Stachel (41) und Erich Kunz (41) sowie die Rechnungsprüfer Toni Greter (66) und Roland Brändli (34) (Parteipräsident SD Hinwil ZH).

Nach der Wahl des Vorstandes hat Roland Schöni (Zentralsekretär SD Schweiz) sich entschuldigt, dass Nationalrat Bernhard Hess unakömmlich war, da Hess unerwartet den Medien Red und Antwort zu Lex Koller stehen musste. Weiter sprach er über einige aktuelle Themen wie die Überfremdung und die Ostmilliarde. Die Perspektiven für die nächsten 1 bis 3 Jahre wurden

von Christoph Zellweger aufgezeigt und ausführlich erklärt. Zu diesen Zielen gehört es kurzfristig mit einem eingespielten und professionellen Kernteam die G-Reform zu bekämpfen. Mittelfristig werden wir dafür sorgen, dass Lex Koller nicht aufgelöst und den Nachwuchs innerhalb der Partei eingebunden und gefördert wird. Einen guten Leistungsnachweis zu erbringen und als neue politische Kraft in den Gemeinden etabliert zu sein, gehört zu den längerfristigen Zielen der Regionalsektion. Zum Thema Abstimmungskampf im Kanton Zug wurde von Richard Fluehmann (Präsident SD Zug) ein aufschlussreiches Referat gehalten.

Marianne Honegger trat als frisch gewählte Kassierin der Regionalsektion vor die Mitglieder und erklärte die rechtliche Situation zu den Finanzen. Weiter wurde die Höhe des Mitgliederbeitrages vorgeschlagen und der Abstimmung unterbreitet. Ohne Gegenstimme wurde festgesetzt, dass der Jahresbeitrag Fr. 40.– für die Einzelmitglieder beträgt, Partnerschaften und Studenten sind besonders berücksichtigt. Das Parteileitbild und Statuten wurden vom Aktuar Jörg Zollinger vorgestellt. Da keine Anträge zur Statutenänderung eingegangen sind, wurden diese gemäss Vorschlag des Vorstands angenommen.

Die speziellen Gäste wie Alt Nationalrat Hannes Steffen, Trudi Sommerhalder und Roland Brändli erfreuten uns mit ein paar energiereichen und dankenden Schlussworten.

Der Präsident schloss die GV und bedankte sich bei den Anwesenden sowie den Referenten für ihr Erscheinen. Zum Abschluss wurde noch der Bundeswein mit der wahren Bundesgeschichte verkauft.



Kanton Basel-Land



Wer integriert hier wen?

Liestaler Stadtrat mit Muslimgräbern auf Kollisionskurs

Der Liestaler Stadtrat bewilligte zuerst ohne gross nachzudenken 25 000 Franken, damit unreine Erde vom Liestaler Friedhof abtransportiert werden kann. «Reine» Erde soll stattdessen dort wieder deponiert werden. Normalerweise wird Erde abgetragen, wenn diese durch Öl, Benzin oder schädliche Chemikalien durchtränkt ist. Bei ganz intensivem Suchen finden sich vielleicht in dieser Friedhofs-erde noch einige Knöchelchen verstorbener Protestanten und Katholiken. Ist diese Erde nun deshalb verseucht? Muss sie nun ausgetauscht werden, damit wir ein Zeichen setzen können für unsere Offenherzigkeit, sprich Integrationsbemühungen? Ist es angebracht, die Knochenreste von verstorbenen Christen (übrigens unsere Vorfahren!) irgendwohin zu schütten, um Moslems mit ihren Spezialwünschen zu befriedigen

und ihnen Platz zu machen? Weit haben wir es gebracht. Nein, es handelt sich hier nicht um einen 1.-April-Scherz, sondern um die verfehltete Politik unserer derzeitigen Volksvertreter!

Markus Borner, Basel

Anmerkung: Dieser Leserbrief war einer von vielen, die in den letzten Wochen in der «Basellandschaftlichen Zeitung» erschienen sind. Mit einer solchen Opposition aus dem Volk hat der Liestaler Stadtrat wohl nicht gerechnet. Ein Leserbriefschreiber rief gar dazu auf, ein Komitee zum Schutz des christlichen Friedhofs zu gründen. Am 20. Oktober bekam der Stadtrat dann kalte Füsse und er liess deshalb verlauten, dass der angesagte Kredit gestrichen worden sei. Opposition lohnt sich halt doch; insbesondere dann, wenn es um die Verteidigung unserer kulturellen Werte geht!



Kanton St. Gallen



Gründungsversammlung

Schweizer Demokraten Ortspartei Gossau

Freitag, 17. November 2006, 19.30 Uhr, Gasterhaus zum Toggenburg, St. Gallenstrasse 54, 9200 Gossau SG.

Zu dieser Gründungsversammlung sind alle Einwohner/innen aus Gossau und Umgebung herzlich willkommen und eingeladen. Als speziell geladene Ehrengäste sind dabei: Kurt Koller, Lichtensteig,

Vizepräsident SD Schweiz; Roland Uhler, Präsident der SD Sektion St. Gallen (Tagespräsident); Marcel Haag, Präsident der SD Sektion Will.

Das Gründungskomitee der SD Ortspartei Gossau freut sich auf eine rege Teilnahme und bedankt sich heute schon für Ihr Erscheinen.

Abstimmungsparolen der SD Schweiz

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Zentralvorstandssitzung vom 21. Oktober 2006 in Aarau folgende Parolen für die eidg. Abstimmungen vom 26. November 2006 beschlossen:

**Ost-Milliarde
Familiengesetz**

**Nein-Parole
Ja-Parole**

Die Parole über die Verschleuderung von 1 Milliarde Schweizer Steuerfranken an die EU-Osterweiterung war rasch gefasst. Ohne gegenteilige Meinung wurde ohne

Diskussion einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Das Bundesgesetz über die Familienzulagen gab da schon viel mehr Anlass zur Meinungsäusserung.

Nach je einem Befürworter der Ja-, der Nein-Parole und der Parole für Stimmfreigabe meldete sich eine grosse Zahl Votanten. Bei der Schlussabstimmung obsiegte schliesslich die Ja-Parole relativ knapp vor der Parole für Stimmfreigabe.

Dr. D. Najman,
Pressechef SD Schweiz



Kanton Thurgau



Grosse Geschäfte mit Bettlern?

In grossen Werbe-Sprüchen auf Plakaten und Inseraten wird von «Exportmärkten sichern» gepredigt. Dabei ist nicht einmal klar, wer hier, in unserem Lande von den Milliarden abschöpfen kann. Sind es Geschäftemacher? Sind es Firmen, die noch mehr Arbeitsplätze in billigere Länder auslagern? Und wer sind die Empfänger in jenen Staaten? Wie viele, amtliche und dunkle Kanäle jener einst

stalinistischen Staaten sind aufnahmebereit zur Versickerung von Millionen? Wieviel Mafia und Kriminalität bis hinauf in höchste Ämter sind heute in den Ostländern das Problem Nummer eins? Die Armut ist derart dominant, dass für die Milliarden-Prediger in der Schweiz zudem kaum die «Sicherung von Exportmärkten» im Vordergrund stehen kann!

SD Thurgau

JA zum Familienzulagengesetz

Fiese Kampagne von SVP und Gewerbeverband



Rudolf Keller,
Landrat/
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Votum von Rudolf Keller, Landrat/e. Nationalrat, Frenkendorf, anlässlich der Parolenfassung im SD-Zentralvorstand:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist eigentlich traurig, dass wir über diese wichtige Frage überhaupt abstimmen müssen. Wer hat denn das Referendum ergriffen. Das sind die asoziale SVP, welche uns bei jeder Gelegenheit die AHV missgönnt und das AHV-Alter heraufsetzen will und einige FDP-Gewerbler, die dafür gesorgt haben, dass wir kleinen und mittleren Angestellten nicht mehr automatisch wenigstens den vollen Teuerungsausgleich haben. Heutzutage wird das nämlich alles sogenannt leistungsorientiert und individuell gestaltet. **Früher bekamen wenigstens alle den Teuerungsausgleich. In diesen Zeiten nicht mehr und das spüren vor allem wir Schweizer Familien mit kleinen und mittleren Einkommen negativ!** Also mit diesen SVP- und Gewerbe-Leuten würden wir uns solidarisieren, wenn wir nicht die JA-Parole beschliessen würden. Da bedanke ich mich aber. Ich weiss schon, Ihr kommt jetzt mit dem Argument der **Ausländer. Die bekommen auch Kinderzulage.** Sie haben schon immer Kinderzulage erhalten. Aber vorher habt Ihr Euch nicht oder kaum darüber aufgeregt. Nur weil dies in diesem Gesetz nicht geändert wird, sondern wie bisher bleibt, lasse ich mich als Schweizer Familienvater nicht bestrafen. Ich habe das Thema Kinderzulagen ins Ausland früher im Nationalrat aufgegriffen und **verlangt, dass diese Kinderzulagen an die Kaufkraft im Ausland – also nach unten – angepasst werden. Damit bin ich aber abgeblitzt** – damals auch gegen die Stimmen der SVP und der Gewerbler! Das neue Gesetz bringt jetzt – 10 Jahre nach meinen parlamentarischen Bemühungen – in Artikel 4, Absatz 3 den Passus: «Die Höhe richtet sich nach der Kaufkraft im Wohnsitzstaat.» Das ist ein riesiger Fortschritt für den wir

immer gekämpft haben. Im Kanton Baselland steht dies jetzt auf meinen Landrats-Vorstoss hin auch im kantonalen Kinderzulagengesetz. Und nun kommt der kleinkrämerische Gewerbeverband und lanciert ein Referendum, bei dem er sagt, dass es ungerecht sei, dass Kinderzulagen ins Ausland flössen. Ausgerechnet diese fiesen Lügner, welche die Ausländer massenweise ins Land holten, schwafeln nun – aus rein abstimmungstaktischen Gründen – so etwas daher. Früher haben sie sich auch nicht dagegen gewehrt, dass Kinderzulagen ins Ausland flossen. Diese Häuchler machen das nur, weil sie wissen, dass die «Antiausländermasche» bei vielen Leuten zieht. Wenn diese Abstimmung vorbei ist, reden diese Falschspieler wieder anders – nämlich wie bisher für die Ausländer! Seid Euch dessen bewusst und lasst Euch nicht von solchen Polittricksern verführen.

Ja für die Schweizer Familien

Unsere Haltung müsste doch im Interesse von uns Schweizer Familien klar sein: Ja zum Familienzulagengesetz und natürlich schon gleichzeitiger Protest dagegen, dass Kinderzulagen ins Ausland fließen.

Aber: Ich kämpfe im Namen von uns Schweizer Vätern und Müttern für die Kinderzulagenvorlage. Denn ich kenne viele Schweizer Familien, die dieses Geld brauchen. Auch eine grosse Anzahl SD-Mitglieder!

Im Zentralvorstand könnt Ihr nun entscheiden, ob ihr asoziale Hinterwäldler sein wollt oder eine fortschrittliche zukunftsgerichtete Partei. Unsere Kinder sind nämlich die Zukunft. Unsere Zukunft – aber diese Zukunft kostet auch etwas – einiges. In Baselland haben vor einem Jahr 72% der Abstimmenden gegen die SVP und gegen die FDP-Kleinkrämer für 200 Franken Kinderzulage gestimmt – die SD waren einhellig dafür – völlig klar. Wir waren mit dem betroffenen Volk und nicht gegen unser Volk! Mit rund 70% oder mehr werden auch die Stimmenden am 26. November votieren. Da bin ich sicher.

Das Gesetz will nur einen Minimalstandard von 200 Franken monatlicher Kinderzulage festlegen. Kantone, die weiter gehen wollen, können das – es ist freiwillig.

Siehe unser Familienbeispiel

Nun zu unserem eigenen Familien-Beispiel – die Kinder sind teuer. Da ich in Baselstadt arbeite, erhalten wir nicht wie die im Basbiet arbeitenden Leute 200 Franken Kinderzulage, sondern nur 170 Franken pro Kind. **Zwei tolle Kinder** haben meine Frau und ich – jeden Monat macht das **je 100 Franken Krankenkassenprämie.** Eine gute Ausbildung ist auch wichtig, deshalb lernt eines **Gitarre** und eines **Panflöte** spielen. Das kostet uns **für zwei Kinder im halben Jahr 1350 Franken Aufwendungen für die Musikschule.** Der Kauf der beiden Instrumente kostete uns je einige hundert Franken. Jedes unserer Kinder war in einem **Schullager** – für das eine mussten wir **90 Franken** bezahlen, für das andere **100 Franken.** In die Klassenkasse haben auch regelmässig kleine Beiträge zu fließen. Beide Kinder gehen noch in den **Turnverein.** Wir Eltern sind verantwortungsbewusst und wollen, dass unsere Kinder gesund aufwachsen, das macht halt dann auch wieder je **50 Franken Mitgliederbeitrag.** Kleider, Schuhe, Essen, Taschengeld – **nicht übermässig Taschengeld – aber das gehört auch dazu.** Und dann feiern die Kinder auch ständig Geburtstage mit anderen Kindern. Da bringen alle ein Geschenk mit – das ist heute so. Wessen Kind nicht dabei ist, ist ausgestossen, Aussenseiter. Also, auch das kostet wieder. **Es ist sehr teuer, heutzutage Kinder zu haben. Aber wie gesagt, sie sind unsere Zukunft und für uns sind sie auch eine grosse Freude.** Sollte unsere Partei da eine Nein-Parole oder gar mutlos Stimmfreigabe beschliessen und sich kinderfeindlich zeigen, dann ist das fatal für uns. Viele andere und auch ich würden das als Angriff gegen unsere persönlichen Interessen betrachten. Um heute zwei Kinder finanziell durchzubringen, braucht es mindestens 200 Franken monatliche Kinderzulage und eine noch etwas höhere Ausbildungszulage für die älteren Kinder.

Nicht mehr in die Ferien gehen?

Damit haben wir noch nicht Ferien gemacht. In die berühmten und zugegebenermassen schönen «Kinderhotels» können die wenigsten Einheimischen gehen. **Unsere Familie macht deshalb mit der sozialen, kinderfreundlichen Ferienkette REKA Ferien. Aber**



selbst da kostet eine Woche Ferien mit den Kindern (samt Verpflegung und Ausflügen) gut 2000 Franken und zwei Wochen also das Doppelte – ohne dass wir dabei grosse Sprünge machen können. So lernen unsere Kinder aber immerhin unser schönes Land kennen und wir können ihnen die entsprechenden geistigen Werte mitgeben. Müssen wenig verdienende einheimische Familien künftig gar gänzlich auf Ferien verzichten?

Ja, aber auch Protest!

Um eine Schweizer Familie mit zwei Kindern finanziell durchzubringen, braucht es ein minimales Familien-Einkommen von 5000 bis 5500 Franken. Das erreichen aber längst nicht alle Einheimischen. Und in den grossen Städten lässt sich damit überhaupt nicht auskommen, kostet doch schon alleine die Miete einer mittelgrossen günstigen 4-Zimmer-Wohnung teilweise mehr als 1500 Franken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, über 300 000 Franken, soviel kostet ein Kind bis zu seinem 20. Altersjahr – das hat man beim Bund berechnet, und es stimmt schon. **Dass wir leider auch noch die Ausländer dabei haben, ist unvermeidlich. Aber ich lasse mich deswegen als Schweizer Familienvater nicht mit einer Nein-Parole oder einer fahnenflüchtigen Stimmfreigabe bestrafen!**

Deshalb rufe ich Euch beherzt auf, dem Familienzulagengesetz zuzustimmen unter gleichzeitiger Forderung, dass die Kinderzulagen ins Ausland der jeweiligen Teuerung nach unten angepasst werden. Die gesetzliche Grundlage dazu wird nun mit diesem fortschrittlichen Gesetz geschaffen.

Übrigens: Mit Nein-Stimmen ändert sich nichts an der Tatsache, dass im Ausland wohnende Kinder Kinderzulagen erhalten. Bei einem Nein gilt ganz einfach die bisherige Gesetzgebung, die das ermöglicht. Nur gibt es dann diese Regelung – mit der Kaufkraftanpassung nach unten – im Ausland nicht!!!

Was sind uns Kinder wert?

Fast täglich wird in den Medien berichtet, dass es notwendig sei, die Frauen im Beruf zu fördern und ihnen die Möglichkeit zur Karriere zu geben, und dass man genügend Horte und Tagesschulen zur Verfügung stellen müsse.

Unterdessen wird jede zweite Ehe geschieden, wodurch Einelternfamilien vermehrt auf solche Angebote angewiesen sind. Es gibt auch Familien, die ein zweites Einkommen brauchen, um finanziell über die Runden zu kommen. Durch die anfangs erwähnten Forderungen wird signalisiert, dass erst Arbeit ausser Haus und Karriere als erfüllend und Sinn gebend anzusehen seien. Erschreckend ist weiter, dass je gebildeter die jungen Erwachsenen sind, umso weniger trauen sie sich zu, gute Eltern werden zu können. Andere möchten sich schlicht nicht mit Kindern belasten und ein möglichst angenehmes (egoistisches) Leben führen. So kommt es, dass die natürlichste Sache der Welt, nämlich Kinder zu bekommen und gross zu ziehen, in unserer Gesellschaft unattraktiv geworden ist. Wir wollen uns Kinder nicht mehr leisten! Dabei geht vergessen, wie viel an reichem, sinnvollem Leben Kinder ihren Eltern und umgekehrt schenken. Es ist eine wunderbare Aufgabe, für Kinder da zu sein, sich mit ihnen zu entwickeln, ihnen Werte zu vermitteln und mit ihnen einfach durch alle Höhen und Tiefen zu gehen! Fehler unsererseits wirken sich – Gott sei Dank – meist nicht verhängnisvoll aus. Die Frage ist, wie wir damit umgehen und was wir daraus lernen. Wichtig ist unsere Liebe, unser Dasein und unsere Verlässlichkeit.

Es ist traurig, dass der Staat den Eltern mehr und mehr erschwert, eine traditionelle Familie zu verwirklichen. Durch Steuern, Versicherungsbeiträge und hohe Wohnungsmieten werden Familien mit mittlerem bis tiefem Einkommen sehr belastet und sind oft auf ein zweites Einkommen angewiesen. Mit den Steuern unterstützen sie ebenfalls die Tageseinrichtungen für berufstätige Eltern. Auch belohnt die Mutterschaftsversicherung berufstätige Mütter und nicht diejenigen, die sich jetzt schon mehr einschränken und zuhause bleiben. Um die Familie zu stärken, braucht es steuerliche Entlastungen und Kinderbeiträge, die es erlauben, sich frei zu entscheiden, ob man daheim bleiben oder extern einer Arbeit nachgehen möchte und dafür die Kosten für die Kinderbetreuung übernimmt. Dazu braucht es die Solidarität Alleinstehender, kinderloser Ehepaare und Besserverdiener, um mit deren Steuern die Familien zu unterstützen.

Wollen wir Familien wieder fördern? Tatsache ist, dass manche Frau nicht aus Freude an der Arbeit berufstätig ist, sondern, weil sie als Mitverdienerin gebraucht wird und deshalb auch weniger Kinder hat. Nur noch freiwillige Doppelbelastungen durch Familie und Beruf wären auch der Gesundheit und der Ehe zuträglich und damit käme es zu weniger Fürsorgefällen. Es gäbe mehr offene Stellen und bräuchte weniger Tagesplätze für Kinder. Ich behaupte, dass eine rechte Unterstützung der Familien dem Staat Einsparungen bringen würde.

Elisabeth Leisi, Dietfurt

SD-Thurgau empfiehlt

Nein zur Kohäsion
Nein zu Kindergeld

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit der Meinung der Redaktion.

Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.
Ihre SD-Redaktion

Tatsache zum Osthilfegesetz

Den Teufel nicht an die Wand malen? Bereits werden zusätzliche 350 Millionen Franken für Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf ihren EU-Beitritt im Jahr 2007 gefordert. Es geht um ein Gesetz, das Volk wird ausgeschaltet, wenn es angenommen wird.

Darum NEIN am 26. November, denn ein Referendum ist nach der Abstimmung nicht mehr möglich. Den Marktzutritt im Osten haben wir bereits und den bilateralen Weg setzen wir fort.

Gabi Coray, Mauren

Den «Ungläubigen» ins Tagebuch geschrieben von Elmar Schneider, Goldach/SG:

Die Leute sagen immer, die Zeiten werden schlimmer.

Die Zeiten bleiben immer – aber die Leute werden schlimmer!

Mit Schweizerkreuzverbot die Schweiz verbieten?

Wie sehr muss man sich wohl für sein Land schämen, um auf eine so absurde Idee zu kommen! Ist jetzt jeder, der zur Schweiz steht, ein Rechtsradikaler? – Empörung und Trauer zugleich überkamen mich, als ich diesen Artikel las und einmal mehr fragte ich mich, wieviel wir Mutter Helvetia noch aufbürden können, bevor sie zusammenbricht. Doch dieses Verbot kommt nicht von ungefähr. Seit Jahren versuchen rot-grüne Kreise immer öfter, Eidgenossen um ihre Bürgerrechte zu prellen. Nach dem Motto: «Maul halten, wir denken für dich, du brauchst nur pünktlich deine Steuern zu zahlen!» Wie das mit geringstem Widerstand? – Wenn man eine Generation heranzüchtet, wie man sie gerne hätte. Lieber Roggwiler Gemeinderat, liebe Schulkommission, Sie berauben unsere Kinder ihrer Heimat, unsere Kinder, das höchste und wichtigste Gut unserer Gesellschaft, unserer Existenz!

Ihrer Heimat, man kann alles verlieren, aber eine Heimat ist unersetzbar. Wir haben eine Verpflichtung, liebe Eidgenossen, wir sollten unseren Kindern die Schweiz so lebenswert weitergeben wie wir sie übernommen haben. Aber wie wollen wir dieser Verpflichtung nachkommen, wenn sich heutzutage so viele Heimatmüde mit Mandaten brüsten? Unsere Kinder sind wie die oben erwähnte Helvetia; unsere Dummheiten werden schwer auf ihnen lasten.

Politiker aus dem rot-grünen Lager versuchen verbissen, Ausländer zu integrieren, einzubürgern und zu Eidgenossen zu machen; doch wie das, wenn sich, laut ihrer Argumentation für das Verbot, Ausländer durch unser Nationalsymbol provoziert fühlen? Weh denen, die es wagen, das Erbe unserer Kinder zu verraten!

*Adrian Wyss, Burgdorf,
SD-Präsident Emmental/
Oberaargau*

Nazanin Mahabad Fatehi

...ist eine 18-jährige, iranische Studentin. Sie spazierte mit ihrer 17-jährigen Nichte und Freunden durch einen öffentlichen Park in Teheran. Plötzlich tauchten drei Männer auf. Sie begannen, Steine auf die Spazierenden zu werfen. Anstatt die jungen Frauen zu beschützen, machten sich die männlichen Begleiter aus dem Staube. Einer der Angreifer versuchte Nazanin zu Boden zu reissen. Doch es gelingt ihr, ihn mit einem Taschenmesser abzuwehren und sich zu befreien. Dann packte ein anderer Mann Nazanin und versuchte sie, zu vergewaltigen. Mit letzter Kraft stösst ihm Nazanin das Taschenmesser in die Brust. Er lässt von seinem Opfer ab und erliegt kurz darauf seinen Verletzungen. Danach muss die junge Frau vor ein islamisches Gericht. Wiederholt beteuert sie unter Tränen:

«Ich wollte nur meine Nichte und mich schützen. Ich wollte ihn nicht töten. Ich hatte keine andere Wahl, weil uns niemand zu Hilfe kam...» Das Flehen ist umsonst: Am 7. Januar 2006 wird Nazanin zum Tode verurteilt. Der Richter begründet:

«Keine Frau soll es je wieder wagen, ihre Hand gegen einen Mann zu erheben.» Arme Frauen im Islam, noch besteht für Nazanin Hoffnung. Der oberste Richter, Ayatollah Shahrudi hat den Fall an eine untere Instanz zurückgewiesen. Mit viel Glück könnte die junge Iranerin mit einem «Blutgeld» an die Familie des Getöteten sich vom Tode freikaufen – noch ist alles offen! Das im heutigen Jahrhundert und im grossen, helvetischen Geschrei nach gleichen Rechten der Muslime!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Das tut weh: Bischof Kurt Koch, Bischof von Basel und Vorsitzender der Bischofskonferenz sagte auf die Medienfrage nach Minaretten:

«Ich habe nichts gegen Minarette, aber ich glaube mit unseren Menschen über die Angst vor Fremdem reden zu müssen...»

(Wen wundert also, dass Kirchenbänke (leider) immer leerer werden?)



Ces riches Suisses que l'on déteste et à qui on veut soutirer un milliard et demi de francs



Mary Meissner,
Vernier

Après avoir visité et parcouru 68 pays, j'ai pu me rendre compte du niveau de sympathie inspiré par les Helvètes dans le monde. En tant que reporter, photographe et journaliste du tourisme, parlant 7 langues, il m'a été facile en me faisant passer pour une simple touriste très curieuse, de constater à plusieurs reprises la transformation sur les visages lorsque mon interlocuteur(trice) apprenait que j'étais citoyenne d'un des plus petits pays du monde. Les ressortissants d'un grand pays ont tendance à nous regarder de haut, d'autres avec condescendance, plusieurs avec mépris surtout s'ils sont d'une autre religion.

Le sentiment qui prédomine, c'est la jalousie et je l'ai ressentie souvent, très fortement tout d'abord en Pologne où j'ai vécu dix ans après la guerre. Bien sûr arrivée avec un trousseau et des vêtements inconnus dans ce pays communiste de force et sortant d'une terrible guerre, je ne me faisais aucune illusion pour susciter un amour débordant de la part de mes collègues de bureau et de certains parents de mon mari. Combien de bas n'ai-je pas dû jeter à la poubelle, déchirés exprès par des voyageurs dans le train de banlieue ou dans les tramways. Nous n'avions et ne pouvions pas avoir de voiture, sauf plus tard une moto raffistolée qui tanguait en traversant les sables de Wesola où nous habitons à 28 km de Varsovie. Pendant ces dix ans, on ne me fit pas de cadeau et je fus même arrêtée sous le fallacieux prétexte d'espionnage. On me refusa passeport et visa pour aller voir mes parents. Par contre, combien de fois ne m'a-t-on pas demandé de faire venir des remèdes de Suisse! Les Polonais sont très xénophobes, tant sur les plans religieux et national. Ils pardonnent difficilement à

leurs ennemis et leur susceptibilité était, pendant ces dix années, à fleur de peau. J'ai même dû prendre des leçons de judo pour me défendre la nuit, lorsque je rentrais fatiguée de mes deux postes de travail, la journée dans le commerce extérieur à Rolimpex, et le soir à l'agence de presse PAP. Bref, je ne comprends pas que ce soit la Pologne qui recevra en majorité une partie de ce milliard que l'UE dépensière nous réclame. Car parmi les nouveaux pays de l'Est bénéficiaires de cette manne, la Pologne est celle qui se défend le mieux contre les aléas du destin. Ses ressortissants sont malins, retors et intelligents, fiers d'être citoyens d'un grand pays à l'histoire flamboyante. Ayant travaillé dix ans dans l'exportation de produits périssables, plus les alcools et les chocolats Wedel, j'ai constaté que ce pays est plus riche que la Suisse.

Alors vous pensez, une petite Suisse n'avait aucune chance de s'imposer ou d'en imposer.

Par certains côtés, la Pologne ressemble beaucoup à la France. Le dédain pour les autres, un manque de rigueur dans le travail, un certain laisser-aller face aux responsabilités, et en plus un ressentiment vis-à-vis de ceux qui font mieux qu'eux.

Les Français aussi nous méprisent. Nous sommes l'épine dans le dos de l'Union, un estoc qui fait mal, et on cherche à dénigrer nos fromages AOC, nos vins de Champagne, nos chronomètres mille fois copiés. Le Grande Bretagne envie nos banques et nous fera un croche-pied à travers la Bourse dès qu'elle en aura l'occasion. L'Italie et l'Espagne nous envoient en catimini leurs sans-papiers, et nous traitent d'égoïstes sachant pertinemment que par rapport à notre population, nous avons accepté sur notre territoire le plus fort pourcentage de réfugiés. Cela ne les empêche pas de faire pression pour nous soutirer ce milliard que leurs mafias encaissent indument de Bruxelles, et qu'il faut chercher à prendre ailleurs. En somme, l'U.E. nous considère comme une vache à traire,



et nous devons, sans en faire partie, nous aligner sur leurs décisions, souvent stupides ou cupides tels le transport d'animaux vivants à travers notre pays qui les interdit.

En Turquie, les Suisses reçoivent des sourires s'ils ouvrent leur porte-monnaie, comme au Maroc ou en Tunisie où on nous fourgue des tapis échangés à la dernière minute par des contrefaçons, ou des bijoux aux carats falsifiés. Aux USA les Suisses sont des fourmis ou plutôt des pucerons dont on peut profiter, et en Afrique les femmes blanches sont considérées comme des putains. Je ne peux vous parler de l'Indonésie où je ne suis pas allée.

Là où je me suis sentie le mieux était en Scandinavie, en Islande, en Amérique du Sud et en Australie. J'ai eu peur en Rhodésie-Zimbabwe, en Afrique du Sud-Soweso, au Liban-OLP et en Israël-guerre des six jours. En Inde je n'étais pas tranquille et me croyais sur une autre planète, en Argentine les favellas et le vaudou ne m'attiraient pas. Je me suis sentie bien dans toutes les îles méditerranéennes,

océaniques, égéennes et nordiques. Evidemment, ce sentiment d'être mal aimée à cause de ma nationalité ne peut être ressenti qu'à travers de petites choses, de petites remarques et de sourires condescendants. Surtout en assistant à des échanges sulfureux de conversations entre ressortissants suisses et les gens du pays, ou des remarques subtilement acides de vis-à-vis dans les lieux publics.

Je ne veux pas généraliser l'attitude de tous les autochtones, car je me suis fait de bons amis partout, mais il y a de subtiles différences suivant d'où l'on vient, comme chez nous si l'on a à faire à des gens de couleur ou des farfelus réagissant différemment des normes d'ici.

Bref, je peux affirmer qu'en général les Suisses ne sont pas aimés dans le monde pour une quantité de raisons que j'attribue à notre réussite de paix, à nos compétences industrielles et à notre amour de liberté qui nous aide à résister à des quantités de pressions mafieuses ou officielles. C'est pourquoi nous n'avons aucune raison de nous paupériser en faveur de tous ces gens qui nous méprisent et ricaneront en dépensant notre argent pour réaliser partiellement des travaux nécessaires, le reste allant dans la poche des trafiquants.

Non et NON à ce milliard de francs en faveur des actuels membres de l'UE à l'Est et de ceux à venir.

Mary Meissner

Da Vinci Code ou Code 261 bis?

A lire les commentaires de nos conseillers d'Etat de quelque bord qu'ils soient, on se croirait dans le Da Vinci code de Dan Brown. Seulement l'auteur de ce roman a été plus drôle et plus intéressant dans ses élucubrations, que la bouillie indigeste qui nous est servie par les médias concernant les propos de Christoph Blocher en Turquie. On peut même déchiffrer leurs commentaires qui accusent ce dernier d'avoir «oublié que c'est le peuple suisse qui a voté cette norme du 261 bis.» Les journalis-

tes oublient aussi que plus de 40 % de ce même peuple suisse a voté NON à cet article de loi. Christoph Blocher, lui s'est contenté de rester coi et d'accepter la décision de chacun. Aujourd'hui cela lui fait mal à l'estomac et il essaie de neutraliser les effets dévastateurs de cet article qui met les gens en prison s'ils ne hurlent pas avec les loups de la shoah. Car jusqu'à présent, les procès, les emprisonnements et les amendes tant en Suisse que chez

Suite en page 14

Da Vinci Code...*Suite de page 13.*

nos voisins adeptes des Droits de l'Homme, n'ont été déclenchés que dans le cadre de l'antisémitisme. Maintenant qu'enfin un conseiller fédéral chef du département de Justice et Police, donc aussi de la Justice, ose remettre l'église au milieu du village concernant l'Arménie, c'est une levée de boucliers de la part des individus posternés devant la Pensée Unique.

Enfin soyons sérieux et n'attaquons pas Christoph Blocher pour un oui ou pour un non. Il est quand même responsable de son département, et il prend modèle sur Micheline Calmy-Rey qui agit comme lui, et ne demande à personne le droit de distribuer nos milliards à chacun de ses voyages. La aussi il faudrait élaborer un code Fric-Frac empêchant de vider nos poches n'importe comment en faveur de n'importe qui!

*Charlotte Morel***Liberté d'expression face aux espérances planétaires**

Vu du cosmos, les conflits humains, les frontières nationales, même les murs qui s'érigent entre les Etats faisant penser à la Grande Muraille de Chine, paraissent dérisoires. Selon la tendance occidentale phagocytée nuit et jour par nos médias, les mentalités sont obnubilées supréciblement par l'idéal planétaire qui biaise les vraies nécessités humaines.

L'univers mental de l'homme cosmopolite européen est formé sans qu'il s'en rende compte, de paradoxes horribles, devenant de plus en plus aigus pour une grande partie de l'humanité. Alors que le Nord souhaite une société plurielle, multiethnique et multiculturelle, le Sud se pose en militant du sol et du sang. Le Nord se fait le farouche défenseur des Indiens du Chiapas ou des Esquimaux, ils sont prêts à se déplacer au fin fond de l'Afrique ou de l'Amazonie pour aider leurs frères humains, tandis qu'à côté de chez eux dans les fermes voisines, des centaines de paysans se suicident chaque année dans l'indifférence de tous. Syndiqués ils dé-

fendent les intérêts sociaux, mais ils sont aussi les défenseurs des immigrés, de la liberté de circulation et ils oublient leurs murailles. En un mot, c'est l'apologie inlassable de la démocratie et de l'égalité citoyenne, dans une langue de bois invariable, constituée de phrases toutes prêtes que la pensée unique enferme dans des murailles juridiques rejetant la liberté d'expression dans le panier des discriminations interdites. La démocratie est portée au rang de l'égalité pour tous, le racisme n'est pas une opinion, mais un délit et la cohésion sociale n'est qu'un leurre brandi par des gourous dévoyés, perdués que la Terre n'est qu'un caillou dans l'universelle immensité.

Alors le Terrien se croit de plus en plus au cinéma, les enfants étant circonvenus très tôt avec les gadgets virtuels, ramenant de plus en plus la société occidentale à des valeurs marchandes. Si l'on raisonne en globalistes, les seuls et véritables opprimés ne peuvent être ceux du Sud, au delà des océans,

mais pas n'importe lesquels, le tonneau monétaire des Danaïdes se déversant dans les mauvaises poches.

La pénée planétaire est en train de donner de l'importance à une race unique, sur un globe unique, d'une origine commune, plaidant pour l'unification à venir, se heurtant cependant encore au tabou religieux.

Mais une frontière à ne pas franchir reste l'intolérance, car il y a le risque d'une électrocution de sa vie professionnelle et sociale. La liberté d'expression étant offerte par l'article 19 des Droits de l'homme, mais sciée par le 261 bis suisse ou la loi Gayssot française, est guillotinée et muselée, donc inexistante. Elle ne peut critiquer l'idéologie utopique du mondialisme, ni souligner les incongruités manifestes qui pourrissent la vie de tous les jours de milliards de citoyens tourneboulés, agressés et déboussolés par le réseau médiatique sophistiqué distillant minute après minute, les informations téléguidées par l'oligarchie mondiale occulte milliardaire et omnipotente. Son but est de changer les mentalités, les aspirations et la compétition positive en faveur des possédants, afin que la planète soit habitée par une masse métissée, à la pensée unique, maléable et corvéable à souhait.

Qui se rend compte du véritable mur dans lequel nous allons?

L'accumulation des dettes partout est abyssale, la pollution est irréversible, les pénuries d'eau, d'air et de sol ont atteint la cote d'alerte, et les idées farfelues de produire de l'éthanol pour remplacer le pétrole vont priver les hommes de denrées alimentaires. De futurs Tchernobyl sont à craindre, et les montagnes vont s'effondrer par manque de

dermafrost fondant sous la chaleur. L'eau des Océans va noyer les îles aux terres petitement et moyennement émergées, tandis que la sécheresse ravagera les anciennes contrées boisées complètement dénudées.

A quoi serviront les billions accumulés dans les banques? A quoi serviront les humains redevenus esclaves misérables errants dans un environnement invivable?

La mondialisation, les espérances planétaires, la cupidité de certains oligarques, l'apathie des masses fatiguées, les destructions naturelles et le manque de leaders éclairés, capables et incorruptibles, ne peut laisser indifférents les esprits lucides d'aujourd'hui qui manquent de moyens adéquats pour stopper ce train fou qui va dans le néant.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Les médias suisses déconnent

Depuis les déclarations de Christoph Blocher en Turquie la semaine passée, que ce Conseiller fédéral a confirmés lors de son retour, et qui met en cause l'article muse-lière 261 bis mal embouché, nos médias écrits et oraux perdent la boule.

Ils ressemblent de plus en plus aux médias français qui ne parlent et n'écrivent que sur les tendances politiques des citoyens et des partis, additionnées des prévisions à long terme sur le résultat des votations pour le renouvellement du gouvernement.

Messieurs les journalistes, ne voyez-vous pas que vous êtes manipulés pour vous empêcher de four-

rer votre nez dans les vraies questions qui commencent à puer? Ces élus vous tournent en bourrique à force de vous coincer dans leurs querelles politiciennes au lieu de vous laisser entrer dans le cœur de leurs magouilles, exemple Swissair, pour laquelle il a fallu attendre deux ans avant d'avoir les clés du problème scandaleux.

Quand on ouvre un journal, la radio ou la TV, on n'entend que des interviews portant sur l'état d'âme des partis et le plus accusé, parce qu'il dérange, et que les citoyens le plébiscitent c'est l'UDC et son chef charismatique.

Bref, messieurs les journalistes vous soulez les auditeurs et nous

avons marre de vos questions stupides répétées cent fois et votre façon cavalière de couper la parole à vos interlocuteurs dès qu'ils abordent un sujet scabreux ou qui vous dérange.

Vous feriez mieux de fouiller dans les abus de l'AI, des associations de bienfaisance, des constructions illicites ou des violences publiques et conjugales, des problèmes scolaires, des détournements d'argent, des vols et des viols qui se multiplient. Sarkozy qui agit comme Blocher montre l'exemple alors pourquoi ne prenez-vous pas modèle de ce côté aussi?

Maria de Seimners

L'Article 261 bis et les droits de l'homme

Lors des votations concernant l'acceptation ou le refus de cet article dans le C.O. notre parti et l'UDC avaient fortement combattu ce principe d'interdiction de penser, de dire, et d'écrire pour mettre en doute l'holocauste, provoquant de ce fait l'antisémitisme. Peu de temps avant la date des votations, Christoph Blocher, pas encore conseiller fédéral, a laissé la liberté de vote en contradiction avec le mot d'ordre de son parti dont il était le président. Ce qui fut une grave erreur vis-à-vis de ses fidèles membres un peu désorientés par cette volte-face...

Les Démocrates Suisses avaient surtout mis l'accent sur cet article qui annulait de par son contenu la liberté d'expression inscrite sous chiffre 29 de la Charte des Droits de l'Homme.

Mais en somme, qu'est-ce exacte-

ment que cette charte *universelle* des Droits de l'homme non reconnue par une partie de l'Humanité et appliquée selon le bon vouloir de certains États?

Concoctée en 1789 par les francs maçons, l'application de ses principes par le suffrage universel a permis à des minorités religieuses en France, à s'emparer du pouvoir politique et de l'utiliser pour combattre sournoisement ou même ouvertement, le catholicisme. Paradoxe, en apparence seulement. Car partout le suffrage universel est manipulé par des oligarchies, et presque toujours à l'encontre des préférences, des convictions et des sentiments les plus répandus dans la population. Le renouvellement de cette charte en 1948, permis à François Mitterrand en 1981 ainsi qu'au parti socialiste d'imposer leur propre concept. La population

ne voulait ni le socialisme, ni l'asphyxie de l'école libre, ni l'abolition de la peine de mort, ni l'augmentation des impôts, ni l'accroissement de la bureaucratie et des contrôles administratifs. Le vote n'étant obligatoire qu'en Belgique et dans le canton de Schaffhouse en Suisse, il est facile d'imposer par ce système de suffrage universel les desideratas d'une minorité devenant majoritaire grâce à l'abstentionnisme d'une part et d'autre part par des erreurs voulues en défaveur de l'opposition lors du comptage des urnes.

De toutes façons la plupart du temps la majorité est mobilisée sur des choses secondaires, des promesses séduisantes mais insensées, et des leurre et non sur le véritable dessein de ceux qui organisent et financent des campagnes électorales, qui manipulent les élus et désinforment les citoyens à travers des médias qui leurs sont dévoués. Les citoyens se laissent prendre à chaque fois aux belles promesses autrement ils n'éliraient pas des autorités félonnes leur ayant caché

durant la campagne électorale l'envers d'un miroir aux alouettes. Le Pape Pic IX disait: «*Suffrage universel, mensonge universel*»

C'est ce qui se passe avec l'article 261 bis, qui passa de justesse en votations populaires à la suite de menaces et d'interdictions, doublées d'une série de représailles judiciaires bafouant la liberté d'expression.

Le suffrage universel est une duperie qui compte les voix sans les peser tels que l'exigent les «Droits de l'Homme». Il est là plutôt pour détruire que pour construire quelque chose d'égalitaire et d'équilibré. Il sert essentiellement à ruiner les pouvoirs qui ne sont pas fondés sur lui.

A l'usage sa légitimité apparaît trompeuse et douteuse. Elle sert à éliminer les récalcitrants ou les autres légitimités.

Donc Christoph Blocher devra user de toute son autorité pour faire admettre un changement dans le 261 bis qu'à mon sens il vaudrait mieux tout simplement éliminer.

Mary Meissner

Attention, danger!

Abonnée à un journal local depuis des dizaines d'années/je n'ai ni l'envie, ni l'opportunité de ramasser 20 minutes dans une cassettes. Or, j'ai reçu par hasard ce matin un paquet emballé avec une page de ce petit quotidien daté du vendredi 13, avec un titre qui m'a sauté aux yeux: *Tuer en famille, une spécialité suisse.*

Non seulement un pareil titre est choquant, mais le contenu de l'article l'est tout autant. Le titre aurait dû être, *Tuer dans les familles suisses une spécialité importée*, vu que le contexte est très ambigu. Il faut écarquiller les yeux pour lire entre les lignes, et ajouter quelques informations glanées dans d'autres journaux. En effet on apprend que parmi les suspects, on compte trois fois plus d'étrangers résidant en Suisse que de citoyens helvétiques. Chez les victimes, il y a 1.8 étranger pour un Suisse. Ceci

tend à prouver que les couples mixtes se marient sans réfléchir plus loin que les quelques premiers mois de mariage sans tenir compte des différences d'éducation, de religion et de manière de vivre, surtout avec la venue d'un ou de plusieurs enfants.

Les suspects étant presque tous des hommes, ne faudrait-il pas préparer les femmes suisses aux dangers potentiels inhérents à certaines ethnies. Notre pays accueillant proportionnellement à sa population le plus grand nombre d'étrangers désirés ou non, ce serait la moindre des choses pour éviter la mort de 28 femmes par année, meurtres commis par 21 partenaires à l'arme blanche (36%) ou au pistolet (34%). La majorité sont sans emploi et 30% sont sous l'emprise de narcotiques.

Charlotte Meissner-Morel

Le Piloni

Qu'en est-il réellement de la dette publique fédérale?

Selon le dernier rapport émanant de l'Office fédéral des finances, la dette s'élèverait à 130 milliards en 2005. Mais ce n'est pas la vérité. Il y a lieu d'ajouter 38 milliards qui proviennent du trou de l'AVS se montant à 4 milliards, celui de l'AI à 7.7 milliards, à l'assurance chômage de 2.7 milliards, aux caisses de pensions 7.7 milliards et aux fonds ferroviaires 17.7 milliards. Le total est donc aujourd'hui de 168.3 milliards et la Confédération nous cache la situation catastrophique dans laquelle nous sommes. Pourquoi alors continuer à ajouter à ce mensonge celui des représailles de l'UE au cas où nous refuserions de verser 1.3 milliards au fonds de cohésion des pays de l'Est qui, selon les dernières statistiques, s'en tirent mieux que nous

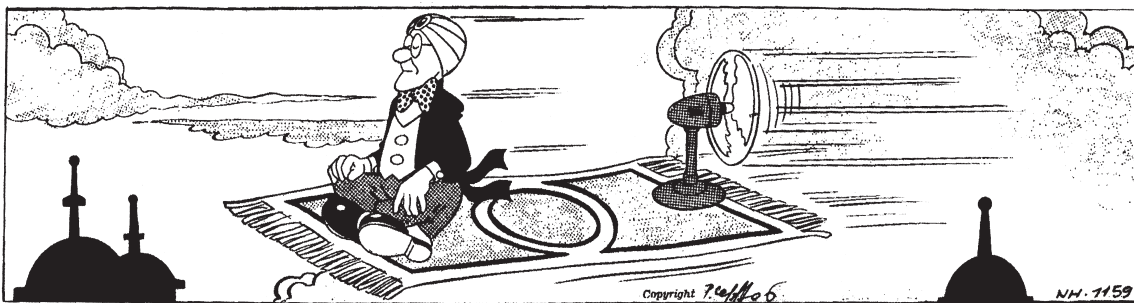
avec leur PIB en augmentation. C'est simplement un racket éhonté de la part d'autorités fédérales soutenues par certains partis manquant de réflexion, lui ont été élues pour protéger nos intérêts d'abord.

Autre incongruité financière

C'est bien beau d'offrir des allocations familiales tous azimuts pour tous les enfants! Avec tellement de déficits cantonaux, communaux et fédéraux, il y a des socialistes bien pensants et des PDC qui les soutiennent, qui oublient de calculer avec précision où conduit cette redistribution! Ces allocations sont censées soutenir des familles suisses. Or une partie importante de cet argent est exportée à charge des employeurs suisses pour 230 000 rentes d'enfants vivant à l'étranger. En clair nous perdons un demi-milliard par an de pouvoir d'achat en Suisse à cause de ces mauvais calculs qui atteindront des sommets avec la nouvelle loi si elle est acceptée. **Il faut absolument voter NON le 26 novembre contre cette nouvelle loi**, car tous les enfants de chômeurs enregistrés vivant en dehors de nos frontières toucheront ces énormes prestations sociales. Il s'agit là d'une stupidité de premier ordre que d'aucuns, comme Ruth Dreyfuss, soutiennent envers et contre tout, même si elle conduit à l'étranglement de nos propres soutiens familiaux d'Helvètes travailleurs.

Octopus

Modial de l'auto 2026?



Nein zur Kohäsionsmilliarde

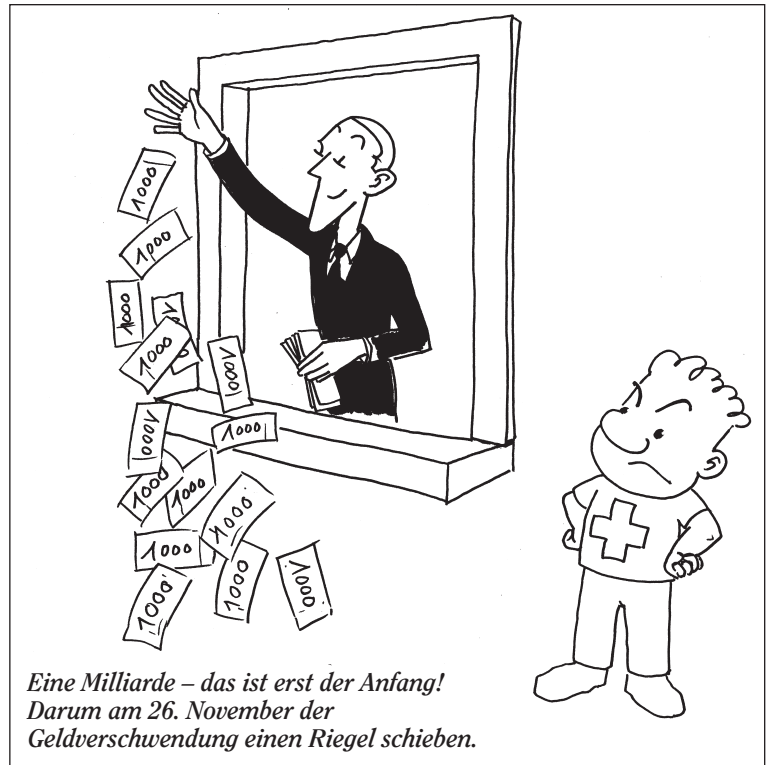
Am 29. November stimmen wir über das Osthilfegesetz ab. Bei dessen Annahme hätten wir vorerst eine Milliarde in den sogenannten EU-Kohäsionsfonds zu zahlen. Und zwar aus Solidarität zu den neuen, aber armen EU-Beitrittsländern. Die Ursache deren Armut ist der ihnen während Jahrzehnten aufgezwungene Kommunismus. Wäre es daher nicht naheliegender, Bundesrätin Calmy-Rey nach Moskau zu schicken, um dort Kohäsionsmilliarden einzufordern?

Das Osthilfegesetz ist jedoch weit gefährlicher, als es den Anschein hat. Wird ihm zugestimmt, könnten Bundesrat und Parlament ohne Volksbefragung weitere Zahlungen bewilligen. In diesem Sinne hat die EU bereits durchblicken lassen, dass die eine Milliarde nicht das Ende solcher Kohäsionszahlungen bedeutet. Andererseits zahlen wir für eine NEAT, von der die EU den Hauptnutzen hat, nicht nur mindesten 24 Milliarden Franken.

Auch die Transitfahrten der EU-Lastwagen werden dereinst von uns massiv subventioniert. Ex-Jugoslawien hat uns ebenfalls Milliarden gekostet und uns (ausser unangenehmen Randerscheinungen) nichts gebracht. Warum also nicht unsere Staatsschulden abzubauen, anstatt uns weiter melken zu lassen, wir sind ja nicht Mitglied der EU und folglich Brüssel nichts schuldig!

Wenn dessen ungeachtet eine Mehrheit im Bundesrat und Parlament zahlen will, so doch nur, weil jede Zahlung unser Land einen Schritt weiter in Richtung EU führt. Dann könnten Parteigenossen, die es wirtschaftlich zu nichts gebracht haben, nach Brüssel delegiert werden, wo ihnen wenig Arbeit, dafür aber fette Pfründe gewiss sind. Das und die Aufstockung des (EU)-Diplomatenapparates verbirgt sich primär hinter der Propaganda für das Osthilfegesetz!

Otto Weiersmüller, Uetikon



Schweizer Demokraten

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Spendenaufruf

Auch dieser Ausgabe müssen wir leider einen Einzahlungsschein beilegen. Unser erfolgreicher Kampf für ein verschärftes Ausländer- und Asylgesetz hat leider viel Geld verschlungen. Und be-

reits kommt ein neuer, äusserst wichtiger Abstimmungskampf auf uns zu. Je grösser unsere finanziellen Mittel sind, umso intensiver können wir in den Abstimmungskampf gegen die Ost-Milliarden-

zahlung eingreifen. Wir sind deshalb dringend auf Ihre Spende angewiesen. Für Ihre ideelle und materielle Unterstützung danken wir von Herzen.

Ihre Parteileitung

Die Schweiz ist keine Milchkuh! Nein zur EU-Milliardenzahlung

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 26. November 2006 planen wir eine Grosse Auflage unserer Parteizeitung «Schweizer Demokrat». Sie haben entweder die Möglichkeit, diese **selber zu verteilen** oder eine Verteilung durch die Post **mitzufinanzieren**. Die Kosten betragen Fr. 130.– pro 1000 verteilte Exemplare. Postkonto: 80-2270-0 / Zentralkasse Killwangen.

Ich bestelle:

_____ (Anzahl) **SD-Zeitungen «Nein zur EU-Milliarde!»**

Ich übernehme die Kosten von Fr. _____ (Betrag einsetzen)

für die Verteilung. Raum/Gemeinde: _____

Sie können auch einfach einen Betrag spenden.
Die SD entscheidet dann über die Verteilung.

_____ (Total) **Leibchen** ___ XL ___ L ___ M ___ S

100% Baumwolle, waschbar, Fr. 20.– (exkl. Versand)

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern Fax 031 974 20 11,
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



20 Fr. / Stk.

Produzent:
www.michael-bruegger.ch